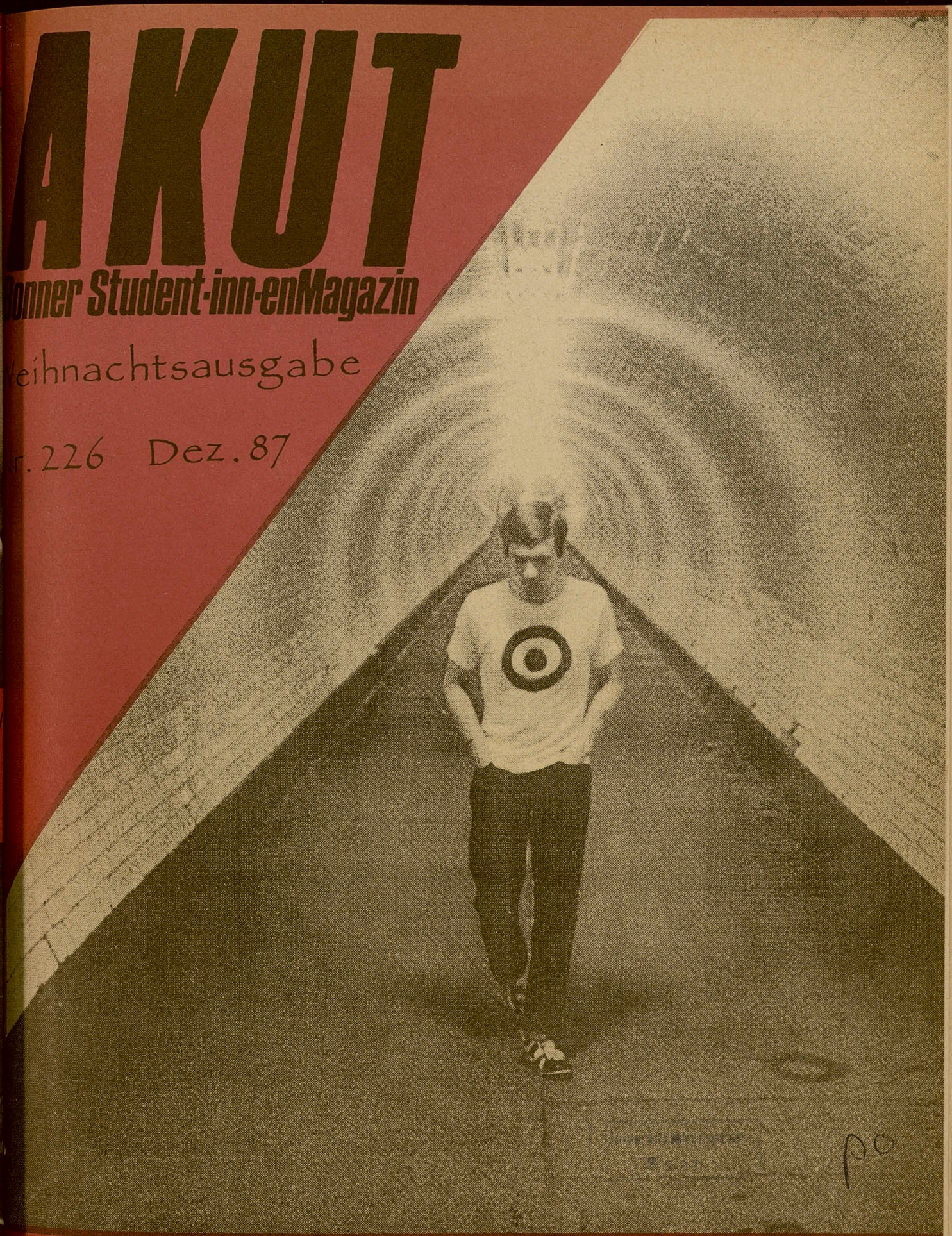
AKUT

Bonner Student-inn-enMagazin

Weihnachtsausgabe

Nr. 226 Dez. 87



Kritische Uni-Rückblick

Zielscheibe linker Asta: Polit. Mandat

AKUT 2 INHALT

TITEL

POLITISCHES MANDAT

"IM NAMEN DES VOLKES" 19

Über die Klagenkampagne gegen den linken AStA, über die Verbindungen von rechtlicher und politischer Dimension die AStA-Vorsitzende Susanne Jochheim.

PLURALISMUSSEITE 21

Auch diese beschäftigt sich diesmal mit dem Allgemeinpolitischen Mandat der StudentInnEnschaft.

ZWANGSKÖRPERSCHAFTEN 24

Was wäre wenn...der Begriff "Zwangskörperschaft" ausgeweitet würde. Anna Köbberling hat da so ihre eigenen Gedanken.

HOCHSCHULE

KRITISCHE UNI - RÜCKBLICK 4

Völlig aus dem hohlen Bauch (Kopf) und einseitig-subjektiv eine erste KU-Bilanz von Michael Venner

KONTROVERSE UM DAS BKA 5

Die Ausladung eines Referenten vom BKA auf der KU setzte eine Diskussion in Gang, die, wie wir hoffen, in den nächsten Ausgaben weitergeführt werden wird.

NEOFASCHISTEN AN DER UNI 8

Die neuesten Entwicklungen um den neofaschistischen rfs in Bonn und die Geschehnisse in Köln (Verhaftung eines rfs-lers), berichtet und bewertet von Anna Köbberling und Peter Enzenberger.

KEINE PAUER 15

Als der Bildungsminister bei uns war... Eine J.W.M.-Nachlese und was sonst noch so abging, von Rüdiger Plantiko

AKUTES

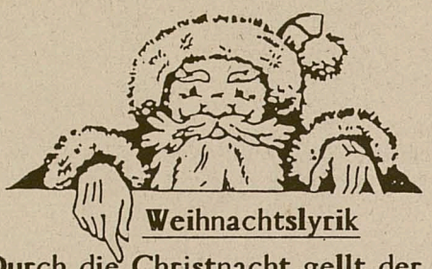
DIE STEUERREFORM 12

Das Stoltenbergsche Kuckucksei - was bringt es uns Studies? Detlev Kamps stellt diese Frage

WIRTSCHAFTSKRISEN 13

Die Börsenkräche ließen die Finanzwelt erzittern. Detlev macht sich auch hierüber seine speziellen Gedanken.

IMPRESSUM



Weihnachtslyrik

Durch die Christnacht gellt der Schrei
Aus des Münsters Sakristei
Und so wird erfüllt das Wort der Schrift
Weh dem -
Der Heiligabend kifft!

SP-Sprecher Nino B. sagt: Weihnachtslyrik? Find' ich persönlich gut !

hERAUSGEBERIN:
sTUDENTINNENPARLAMENT
dER rH. fRIEDRICH-
wILHELMS-uNIVERSITÄT zU bONN

aKUT-nR. 226
vOM 7. dEZEMBER !1987

nACHRICHTENBLATT dER
bONNER sTUDENTINNEN
uND sTUDENTEN

dIE rEDAKTION:

peter enzenberger
hauke eyerdam
detlev kamps
anna köbberling
heike struck
(v.i.s.d.p.)
michael venner

mITARBEITER-INNEN
aN dIESER aUSGABE:

jose maria de arancon
susanne jochheim
josef (juppes) macher
rüdiger plantiko

rEDAKTIONSSCHLUSS fÜR dIE
nÄCHSTE aUSGABE:

5. januar 1988
(aber endgültig)

dRUCK:
druckladen
eUSKIRCHENER sTR. , 53 bONN 1

nAMENTLICH gEKENNZEICHNETE
aRTIKEL gEBEN nICHT
uNBEDINGT dIE mEINUNG dER
gESAMTEN rEDAKTION wIEDER.
fÜR uNVERLANGT eINGESANDTE
mANUSKRIPTE wIRD kEINE
hAFTUNG ÜBERNOMMEN.

kÜRZUNGEN vORBEHALTEN.

rEDAKTIONSANSCHRIFT:

akut-bÜRO
nASSESTR. 11/1
5300 bONN 1
tEL. 0228/737040

EDITORIAL

Guten Tag.

In Händen haltet ihr die 226te Ausgabe von AKUT. Binnen kürzester Frist ist es uns gelungen, noch vor dem Heiligen Fest eine neue AKUT auf die Beine zu stellen. Besonderes Gewicht kommt hierbei dem Impressum zu. Achtet einmal auf den Satz: "Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht undedingt die Meinung der Redaktion dar." Will heißen: Mit besonderer Sorgfalt haben wir darauf geachtet, daß unter jedem Artikel, der sich nicht ausdrücklich mit der Hochschule beschäftigt, der Name des/der VerfasserIn steht. Wir haben nämlich keine Lust, uns mit Klagen wegen "Wahrnehmung des Politischen Mandats" eindecken zu lassen. Das Politische Mandat ist ein Schwerpunkt dieser AKUT - achtet auf den Artikel und die Pluralismusseite. Das Thema der nächsten Pluralismusseite lautet übrigens: "Die Bedeutung von Kritischer Wissenschaft". Mitten in die Zeit der Drucklegung dieses StudentInnenmagazins fiel die 4. Kritische Bonner Uni. Deshalb können wir hier nur ansatzweise über das vom AStA konzipierte und durchgeführte alternative Lernfest berichten. Mehr Analysen und Hintergrundberichte bitten wir in der ersten AKUT von 1988 nachzulesen. Einstweilen bringen wir drei verschiedene Ansichten über den Streit um die Ausladung des Bundeskriminalamts-Viktimologen Michael Baurmann und eine erste Zwischenbilanz

Das neue Jahr wird - nicht nur rein AKUT-mäßig - überhaupt sehr nett anfangen. Wer es noch nicht weiß: im Januar stehen wieder SP-Wahlen an. AKUT wird mit einer Wahlausgabe dabei sein, in der u.a. auch der Rechenschaftsbericht des AStA Abdruck finden wird. Aber bis dahin fließt noch viel Wasser den Rhein hinab, und außerdem kommt erstmal Weihnachten.

Ein
Frohes Fest
und
Gutes 'rüberkommen ins
Neue Jahr
wünscht
Eure
Redaktion

Auch zehn Jahre danach will über diese linke Geschichte kein Gras wachsen... *Gebhard Krewitt / Visum*

INHALT

FURCHTBARE JURISTEN 28

Die Verflechtungen von Justiz und Politik waren in der Geschichte immer eng. Auch heute hat sich da nichts geändert, meint Heike Struck.

ZEITGESCHICHTE

DAS DRAMA DER BOLIVIANISCHEN BERGARBEITER 25

Der zweite Teil unserer Serie von José Maria de Arancon.

KULTUR

DER MÜLL, DIE STADT UND DER TOD 16

Die CDU-Mehrheit im Kulturausschuß will den freien Kulturgruppen den Geldhahn zudrehen. Über die möglichen Folgen und die Aktionen dagegen de Juppes-Paul.

RUBRIKEN

LESERINNENBRIEFE 6/26/27

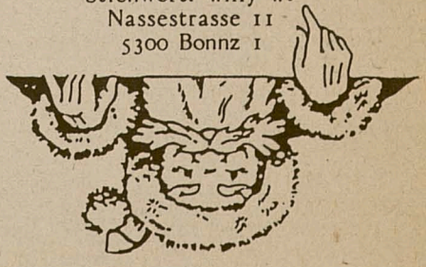
MELDUNGEN 7/31

LYRIK 2/30

RÜCKSEITE 32

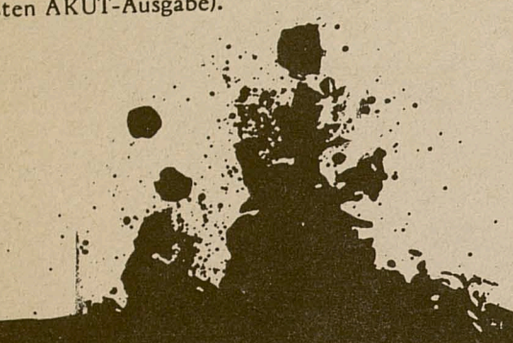
Wer alle Weihnachtsmänner dieser AKUT zählt und sein/ihr Ergebnis uns zukommen läßt, kann damit rechnen, in unserer großen Weihnachtsverlosung einen schönen Buchpreis zu gewinnen. Anschrift:

Redaktion "AKUT"
Stichwort: Willy W.
Nassestrasse 11
5300 Bonnz 1



HOCHSCHULE
Kritische Uni-Rückblick

Noch ist sie nicht ganz vorbei, doch soll ein vorläufiges Fazit der Kritischen Uni hier nicht fehlen. (Weitere Analysen folgen in der nächsten AKUT-Ausgabe).



Pfazit

Mehr als achtzig Veranstaltungen in fünf Tagen; da fällt der Überblick schwer. Quantitativ war die KU sicher ein großer Erfolg: 4.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Sie ist also von den StudentInnen - und nicht nur von ihnen - angenommen worden. Schaut mensch ein wenig hinter die nackten Zahlen, so muß jedoch differenziert werden. Während in einigen Veranstaltungen mehr als 250 Leute waren (Egon!!! d. Säzz.), fanden andere vor 10-15 Besuchern statt und waren dennoch nicht weniger ergiebig. Schließlich geht es nicht nur um die Frage, in welchen Massen die Veranstaltungen frequentiert wurden, sondern auch darum, was qualitativ erreicht wurde. Und daß es leichter ist, mit 15 Leuten zu diskutieren als mit 200, ist eh klar.
Denoch denke ich, daß Massenveranstaltungen in einer KU nicht fehl am Platze sind. Wenn die richtigen Inhalte 'rüberkommen, warum nicht? Schließlich kann es doch nicht in unserem Interesse liegen, daß nur eine kleine Elite das Wesen von kritischer Wissenschaft begreift und praktiziert.
In diesem Zusammenhang ein Wort zu Michalik wurden - keine Männer zugelassen. Gewiß, es gibt einige Themen, die Frauen unter sich diskutieren müssen und sollen, aber ob dieses auch dazu gehört, bezweifle ich doch sehr (frau mag mir gerne das Gegenteil beweisen.)
Abgesehen davon sollte eine Aussperrung der Männer vorher im Programm bekanntgegeben werden. In der letzten AKUT stand geschrieben, daß die Veranstaltung für 'Frauen, Studentinnen wie auch andere Bürgerinnen der Stadt Bonn sowie alle Interessierten' da seien. Was war mit 'allen Interessenten' gemeint, wenn nicht auch Männer?

Promis

Thema 'Prominente'. Natürlich soll eine Kritische Uni Leuten und Gruppen ein Forum bieten, die eben normalerweise nicht zu Wort kommen. Diese Aufgabe hat die KU auch ausreichend erfüllt. Nichtsdestotrotz sind meines Erachtens auch ein paar "Zugnummern" (Egon!!! d.Säzz.) notwendig. Diese ziehen die Leute zur KU, und wer hier vielleicht zum ersten Mal "KU-Luft" geschnuppert hat, wird auch andere Veranstaltungen besuchen. Und schließlich kommt es vorrangig auf die Inhalte und Themen der jeweiligen Veranstaltungen an. Wer da oben auf dem Podium referiert und diskutiert, ist da erstmal zweitrangig. Es geht ja letztlich nicht darum, daß der/die ReferentIn dem Publikum etwas erzählt (wie im normalen Uni-Betrieb), sondern es wird diskutiert. Und so ist der/die ReferentIn nicht die allein seligmachende Autorität, deren Meinung wir - am besten kritiklos - sofort übernehmen.

Hinterfragen läßt sich ein Promi genau wie eine Basisinitiative. Mensch muß nur seine in unserer Gesellschaft aufgebaute Scheu vor großen Namen ablegen. Auch hierfür kann eine Kritische Uni sorgen.
Nun soll aber nicht so getan werden, als ob alles eitel Sonnenschein war: Natürlich gab es auch Pannen. Manche ReferentInnen sagten ab, manche Termine und Räume wurden verlegt, (so saßen einmal 150 Leute in einem Hörsaal und erwarteten eine Veranstaltung, die aber auf den Vortag verlegt worden war, da waren dann nur 50 da...), aber das liegt in der Natur der Sache.

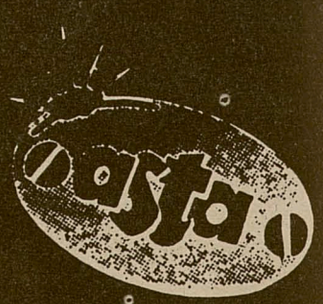
Pannen

Eine Sache jedoch stieß einigen 'normalen' StudentInnen etwas sauer auf: Zur Veranstaltung: 'Die Grünen als Arm der Frauenbewegung' mit Regina

Alles in allem hat die Woche KU gezeigt, daß Kritische Wissenschaft gerade im Moment notwendiger ist denn je und daß die Studentinnen und Studenten auch bereit dazu sind. Schließlich opfert mensch ja auch Zeit dafür, denn der normale Uni-Betrieb lief weiter. Ich wurde von verschiedener Seite gefragt, ob es denn nicht möglich sei, in der KU-Woche den normalen Uni-Betrieb ruhen zu lassen. Wie isses damit, Magnifizenz? Statt des altväterlichen 'dies academicus' eine Woche Kritische Uni pro Semester. Aber wir werden es wohl nicht mehr erleben.

Zum Schluß muß natürlich auf eines hingewiesen werden: Eine Woche KU bedeutet neun Monate Rödelei. Den Menschen, die dies auf sich genommen haben, sei - hoffentlich im Namen der gesamten StudentInnenschaft - gedankt. Im nächsten Jahr wird es sicherlich wieder eine KU geben. Mal sehen, wie es dann wird.

Michael Venner



4. KRITISCHE UNI BEWEGUNGEN
30. NOVEMBER - 4. DEZEMBER 87
IN DEN RÄUMEN DER UNI

Kritische Uni-Rückblick

Kontroverse um das BKA

kampf der patriarchalischen wissenschaft - kein forum für das bka

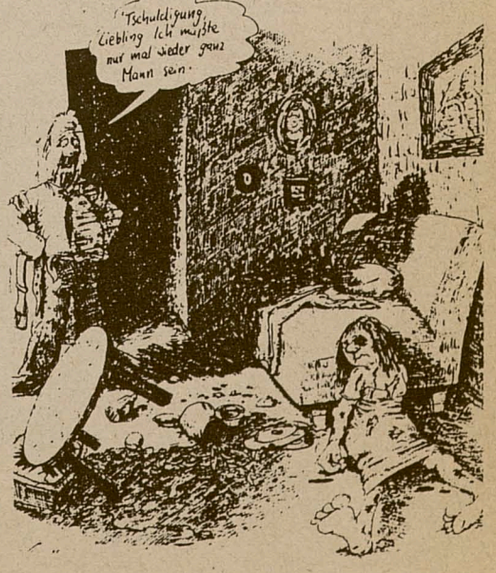
im rahmen des themenblocks "männergewalt" sollte während der kritischen uni die veranstaltung "die ergebnisse der vergewaltigungsforschung und ihre verwertung" laufen.
als referent war dr. michael baurmann, viktimologe vom bundeskriminalamt in wiesbaden, vorgesehen.
bei der auseinandersetzung um diese veranstaltung ging es um mehrere Punkte. im ergebnis hat diese diskussion gebracht, den referenten auszuladen und die veranstaltung nicht so wie geplant zu machen. die punkte, die zu dieser entscheidung geführt haben, wurden auf der veranstaltung dargestellt.
die entscheidung, nun auch in AKUT etwas dazu zu sagen, ist nicht widerspruchsfrei. aus dem anspruch, cartoons als sexistisch zu entlarven (AKUT nr. 225) wurden 3 seiten unterhaltungslektüre für sexisten. 6 cartoons, davon ein ganzseitiger aus dem playboy, ohne jeglichen inhaltlichen kommentar, ohne aufzeigen von hintergründen und funktion von sexistischen witzen. der cartoon von augustin wurde lediglich als peinlichkeit entschuldigt, als ob "peinlichkeiten" einfach so passieren und nicht ausdruck einer bestimmten haltung wären. bei dem beispiel aus mad wurde ganz einfach die realität verdreht, indem dieser dreck als frauenwitz bezeichnet wurde, obwohl dies ein klassisches beispiel für einen männerwitz ist. das ganze gipfelte dann darin, dass dazu aufgerufen wurde, der AKUT für die nächste nummer weitere cartoons zur verfügung zu stellen, da werden sich einige wichser den schwanz reiben zu dem ganzen dreck, den es schon gibt, jetzt auch im studentInnen - magazin eines linken asta ihre wichsvorlagen zu finden.
wir schreiben dennoch in der AKUT, weil wir keine andere möglichkeit sahen, die etwa 100 menschen, die bei der veranstaltung waren, zu erreichen. dabei ist es für uns eine bedingung, daß diese "bestandsaufnahme" sexistischer cartoons so nicht fortgesetzt wird.

michael baurmann ist viktimologe. viktimologie heißt opferforschung und ist e i n zweig bürgerlich-patriarchaler wissenschaft. opferforscher systematisieren und kategorisieren menschen, benutzen mittel wie statistiken, befragungen, interviews, vergleiche, um objektive wissenschaftliche ergebnisse zu produzieren. das bedeutet, daß menschen zum objekt gemacht werden. menschen zum objekt zu machen, ist d i e funktionsweise, auf die herrschaft aufbaut und reproduziert. die hier herrschende wissenschaft ist also die wissenschaft der herrschenden, sie nützt immer nur ihnen und nie uns. die vergewaltigungsforschung, betrieben von baurmann am "objekt" frau, bringt die gesellschaftlichen verhältnisse auf den punkt. baurmann ist bka-bulle und forscht im auftrag des bka. es zeugt von einer geschichtslosigkeit der uni-linken, einen vertreter des immer offener faschistisch auftretenden repressionsapparates für eine linke diskussion einzuladen.
das bka steht für: überwachung, bespitzelung, für stammheim, für knast, mord, für bullenstaat hier in der brd und durch export international.
das bka ist ein mittel der herrschaftssicherung und führt einen kampf gegen uns. vergewaltigungsforschung ist wie opferforschung überhaupt ein bestandteil dieses kampfes.
geschichtlich sind die vermittlungs- und befriedungsversuche des patriarchats eine reaktion auf den widerstand von frauen, die (angefangen als frauenhausbewegung) mit der aufdeckung des gewaltverhältnisses zwischen den geschlechtern dem staat den kampf ansagten. die idee war, die individuelle hilfe mit dem kampf gegen die ursache von gewalt gegen frauen zu verknüpfen.

Die Ergebnisse der Vergewaltigungsforschung und ihre Verwertung. Montag, 30.11., 14.40 - 16.30 Uhr, HS X, Referent: Michael Baurmann, Viktimologe des Bundeskriminalamtes in Wiesbaden. So stand es zu lesen im KU-Programmheft. Geplant war von den Veranstaltern, damit einen wissenschaftlichen Beitrag zur Diskussion um Vergewaltigung zu liefern. Nach dem Erscheinen des Programmheftes erhoben verschiedene Bonner Gruppen Einspruch gegen diese Veranstaltung. Nach einer Auseinandersetzung zwischen Veranstaltern und Kritikern wurde der Referent jedoch wieder ausgeladen. Das sollte aber nicht durch "Krankheit" oder ähnlichem vertuscht werden. Es sollte mit den BesucherInnen offen über diesen Konflikt geredet werden. Da die Ablehnung und Empörung der BesucherInnen sehr groß war, fand diese Art der Auseinandersetzung nicht statt. Wir wollen mit diesen Beiträgen die Kontroverse um diese Ereignisse darstellen.

die befriedungsstrategie, die über angebote von zusammenarbeit, die bereitstellung von häusern und geldmitteln lief, führte dazu, daß teile der bewegung bei der individuellen hilfe steckenblieben.

die frauen, die die vermittlungs- und versöhnungsangebote, die das patriarchat auftischte, als betrugsversuch der erschrockenen männer erkannten, kündigten die zusammenarbeit auf. heute sieht sich der staat mit einem widerstand konfrontiert, der zunehmend die patriarchalen strukturen dieser gesellschaft als ursache und stütze von ausbeutung und unterdrückung begreift. da wo sich der staat widerstand und steigendem legitimationsverlust seiner institutionen gegenübersieht, setzt die vergewaltigungsforschung an. baurmann sucht nach wegen, den prozeß des antipatriarchalen widerstandes aufzuhalten und zurückdrehen, indem er methoden entwickelt, das vertrauen in bullen und justizapparat wiederherzustellen, um so "den sozialen frieden zu sichern". die ergebnisse der aushorchung von frauen nach einer vergewaltigung sollen die bullen befähigen, zwischen "harmlosen" und "gefährlichen" vergewaltigungen (baurmann nennt sie sexualkontakte) differenzieren zu können. so soll die definitionsgewalt darüber, was vergewaltigung ist, nicht nur den bullen erhalten bleiben, sondern wissenschaftlich legitimiert werden. dies wird ausgebaut und getragen durch die laufende zusammenarbeit von bullen und einigen frauenprojekten.



HOCHSCHULE

Kritische Uni-Rückblick

die daten, die für die bka-forschung über einzelne frauen, frauenzusammenhänge und projekte gesammelt und gespeichert werden, liefern sowohl material für spaltungsversuche in "gute" und "böse" frauen, als auch material für die aufstandsbekämpfung. für den fall, daß aus protest angriff wird, können die bullen anhand der aus dem material erstellten persönlichkeitsprofile den "täterinnen-kreis" eingrenzen und gezielter fahnden. der charakter der bka-vergewaltigungsforschung als neue befriedungsstrategie und präventive aufstandsbekämpfung wird in baurmanns studie "sexualität, gewalt und die folgen für das opfer" deutlich.

die intention des themenblocks "männergewalt" war, daß männer sich mit der von männern ausgehenden gewalt gegen frauen auseinanderzusetzen. wenn männer ein interesse daran entwickeln, am system von unterdrückung ihrer eigenen rolle bewusst zu werden, dann müssen sie sich darüber klar sein, daß eine wahrnehmung ihres eigenen anteils an isolation, macht, ohnmacht und gewalt nicht möglich ist, wenn sie wiederum frauen dafür benutzen. das gilt insbesondere für den bereich der forschung von männern über frauen und gilt aber auch für männer, die meinen, abstrakte forschungsergebnisse von "spezialisten" darüber, was sie mit frauen machen, zu brauchen.
frauen lassen sich nicht beforschen, zum objekt machen, sie lassen aus sich nicht das "opfer" machen, daß männer dann im büßergewand auf dem altar ihrere männlichkeit als kopfgeschwulst vor sich hertragen um der (linken) welt zu präsentieren: wir machen es wieder gut.

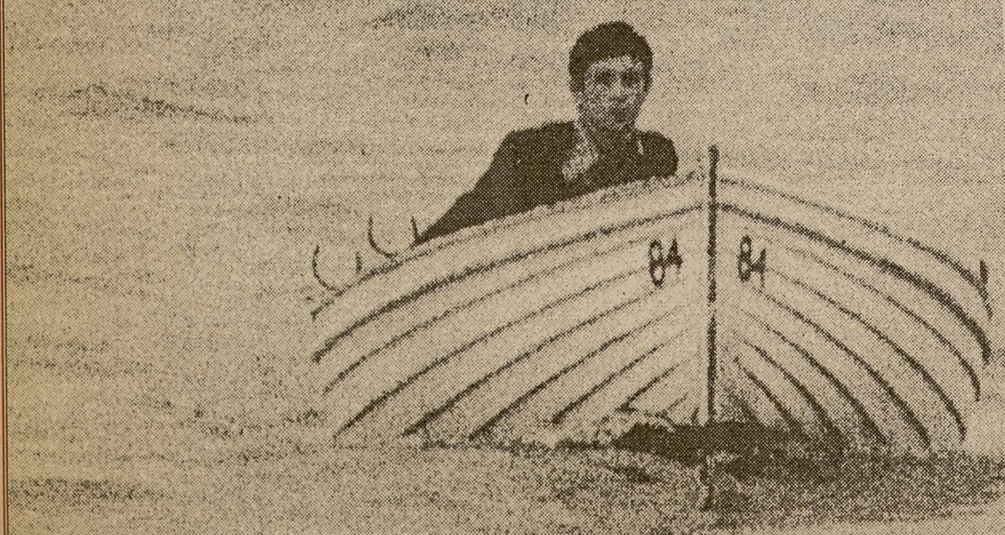
"Die ausbleibende Wiedergutmachung läßt aber nicht nur das Opfer, sondern auch den Täter zu kurz kommen. Wenn der Täter keine echte Chance erhält zur Wiedergutmachung, dann kann der soziale Friede zwischen den Tatbeteiligten kaum hergestellt werden. Die Einsicht des Täters in die angerichteten Schäden und Versöhnung zwischen Opfer und Täter sind eher denkbar mit Hilfe einer gelungenen Wiedergutmachung, kaum aber durch unpädagogische Strafen."
(M. Baurmann: Sexualität, Gewalt und die Folgen für das Opfer, S. 52)

es gibt keine wiedergutmachung!
es gibt nur den kampf gegen den patriarchalen normalzustand, gegen den herrschaftssichernden "sozialen frieden"
zwischen dem feind und uns einen klaren trennungsstrich ziehen!
erkämpfen wir uns authentische wahrnehmung, selbstbestimmung und kollektive handlungsfähigkeit!

genossInnen aus dem
antiimperialistischen und
antipatriarchalen widerstand
rita zorn

Liebe Leute!
Ich bin absolut stinkig sauer:

Die KU ist ein Lernfest mit dem Ziel, dem herrschenden Wissenschaftsbetrieb ein inhaltlich und formal fortschrittliches Konzept entgegenzusetzen. Den Teilnehmern und Teilnehmerinnen sollen hier aber keine fertigen Ergebnisse präsentiert werden, vielmehr handelt es sich bei den Veranstaltungen um ein Angebot von Diskussionsform. deren Ergebnisse von jeder/m beeinflußbar sind.



Prima denkt sich Mensch und geht in HS 10 um 14.30 Uhr zu dem Thema: "Die Ergebnisse der Vergewaltigungsforschung und ihre Verwertung" und ersehnt den Referenten Michael Baurmann, Beruf Viktimologe (laut Fremdwörterlexikon Duden 1974: Viktimologie: Teilgebiet der Kriminologie, das die Beziehungen zwischen Verbrecher und Verbrechensopfer untersucht).
Fehler: Mitarbeiter des BKA's Wiesbaden. Nach Ausschlachten der gespannten Wartezeit der 50-100 Leute durch

Verteilen von LUST-Flugblättern kommt die Aufforderung, gruppendynamisch zusammenzurücken, außerdem käme der Referent nicht. Nach beharrlichem Nachbohren wurden von den selbstgefälligen Ausladern mitgeteilt, man hätte den Typ aus ideologischen Gründen ausgeladen:

Erstens sollte die Kritische Uni Leuten ein Forum bieten, die sonst keine Öffentlichkeit haben, verteidigten sich die Auslader, vor dem stark geschwundenen Auditorium (Leute, die Ihr gegangen seid, Ihr habt nix verpaßt! Hätt ichs doch auch getan). Den dezenten Hinweis auf so publicity-chancenlose Leuten wie Peter Glotz, Wolfgang Roth entgegneten sie (Irgend so eine Inquisitionsmoralgruppe, die den KU-Mitarbeitern die Knüppel zwischen die Beine schmeißt), der Typ sei vom BKA, mit sowas könne man sich nicht zusammensetzen. Den Einwurf, erstens hätten die Zuhörer ihre Zeit geopfert, hierhin zu kommen (Vorlesung, Jobannahme, Lernen etc.), zweitens wissen wir das auch, was das BKA ist, drittens schätzen wir uns intellektuell fähig ein, den Verführungskünsten irgendwelcher Gurus widerstehen zu können, wurde uns erklärt von einer Hardlinerin: Sie "hätte den Typ mit allen Mitteln am Reden gehindert" und "nein vom BKA mit sowas kann man doch nicht reden." Sie würde das nie tun. Die Zuhörer (schon wieder weniger), die eigentlich an der Veranstaltung und nicht an einer "Darf ein BKA-Typ eingeladen werden"-Diskussion teilnehmen wollten, fühlten sich bevormundet und unterdrückt. Denn die Sachkompetenz hatten unsere Auslader-Dogmatiker ebensowenig wie die Bereitschaft, doch endlich über das Thema ohne Vortrag zu diskutieren, sie torpedierten, ob, ...überhaupt..., eigentlich sollten alle Frauen für sich..., usw., Schreiber verließ den Saal mit Wut, daß ein paar (4-6) dogmatische (stur an einer Ideologie festhalten = kein BKA-Mensch) Bevormunder mir meine Zeit gestohlen (Momo hilf!) und mir ihre Meinung und Haltung aufgezwungen haben (Anti-Rep-Referat hilf!). Damit dürfte der Anspruch Kritischer Uni (s. Anfang) ...naja urteilt selber!

Frederik Strom

MELDUNGEN

DEMO 28. 11

Am 28.11.87 demonstrierten etwa 30.000 Studierende, Schülerinnen und Schüler sowie Auszubildende in der Bonner Rheinaue.
Zum wiederholten Male verweigerte der Rektor der Bonner Uni den Veranstaltern der Demo, nämlich der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), der BundesschülerInnEnvertretung (BSV) und den Vereinigten Deutschen StudentInnEnschaften (VDS), die Benutzung der Hofgartenwiese. Jeder Prof darf sein Schaf auf der Wiese halten, eine Demonstration aber könnte die Nibelungenruhe der Bonner Ordinarien stören. Der Bonner AStA und die Demo-Organisation haben - wie schon häufiger - die Haltung des Rektorats scharf kritisiert. Sie haben angekündigt, die Benutzungsregeln für den Hofgarten als öffentlichen Platz in einer gerichtlichen Hauptverhandlung endgültig klären zu lassen.
Auf den Auftaktkundgebungen kam die "Basis" der Demonstrierenden zu Wort. So prangerten die FachhochschülerInnEn die Pläne an, dem FH-Abschluß ein 4-jähriges Praktikum ohne Bezahlung anzugliedern, damit die Diplome EG-weit gültig sind.
Ein Vertreter des AStA der Uni Freiburg schilderte die Situation in Bayern und Baden-Württemberg, wo die Verfaßte StudentInnEnschaft in den 70er Jahren abgeschafft wurde. ASten und Fachschaften müssen sich dort selbst organisieren und sind auf Spendengelder angewiesen.
SchülerInnEn berichteten über ihre Aktivitäten zur Abi-Deform und die Ausbildungssituation in den Betrieben.
Die Abschlußkundgebung war geprägt von Funktionären, die sich nur selbst gern reden hörten. Während des 3. Redebeitrages leerte sich der Platz und als der Vertreter der "Kirche von unten" sein Grußwort überbringen wollte, waren nur noch - sage und schreibe - 100 Leute auf der Wiese.
Da sollten sich die Veranstalter vielleicht doch mal andere Formen der Demonstration überlegen.

Anzeige

Hohlspiegel zur Demo:

Der Vertreter der BSV:
"Freizeitfrust, Beziehungsknatsch und Frauendiskriminierung, das sind unsere Probleme..."

Der Vertreter der VDS:
"Möllemann stellte seiner Examensarbeit einen Spruch voraus, der lautete, äh, äh, hat jemand den Spruch? ...also irgendwie, wenn es dunkel ist, kommt ein Licht..."

Der Spruch lautete: "Immer wenn Du denkst, es geht nicht mehr, kommt von irgendwo ein Lichtlein her."

Streik an der TH Aachen

- 10.000 demonstrierten gegen Fächerstreichungen an der Philosophischen Fakultät/Streik gegen 'Hochschulplan 2001' -

Mehr als 10.000 StudentInnen der TH Aachen haben am Donnerstag vor dem Düsseldorfer Landtag gegen die drastische Reduzierung der Lehrerausbildung in Aachen demonstriert. Seit einer Woche streikt die gesamte Universität gegen die Absicht von Wissenschaftsministerin Anke Brunn, die Philosophische Fakultät (5.000 StudentInnen) im Rahmen der Neuordnung der NRWHochschulen von elf auf sieben Fächer zusammenzustreichen. Nach dem Willen von Brunn sollen künftig in Aachen nur noch BerufsschullehrerInnen ausgebildet werden. Den Streichungsabsichten würden auch die entsprechenden Magisterstudiengänge zum Opfer fallen. Mit dem sogenannten "Hochschulplan 2001" will die Landesregierung auf die neuen Studentenzahlen reagieren, die bis zum Jahr 1995 nach den Regierungsprognosen um 30% zurückgehen. Der Aufforderung der DemonstrantInnen, die vor dem Landtag "Anke raus" skandierten, kam die Ministerin nicht nach. Unterstützung dagegen erfuhren die Studies von der CDU/FDP und dem Aachener SPD-Landtagsabgeordneten Karl Schultheis. Schultheis kündigte an, im Wissenschaftsausschuß mit der Opposition zu stimmen und damit die Verordnung zu Fall zu bringen. Schon am Dienstag hatte der SPD-Unterbezirk in Aachen in Anwesenheit von Anke Brunn eine Resolution verabschiedet, in der die Regierungspläne rundum abgelehnt werden. Vertreter der Asten der NRW-FHS wollen in der nächsten Woche ebenfalls streiken.

taz, 04.12.1987

HOCHSCHULE
Neofaschisten an der Uni
Der r.f.s. in Bonn

Presseerklärung des Rektorates der Uni Köln:

R.F.S.-Landesvorsitzender festgenommen - Rektor schließt Hochschulgruppe aus der Matrikel aus !!!

Köln, 1. 12. 87 - am gestrigen Abend ist es im Bereich der Universität zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und rfs-Mitgliedern gekommen. Im Verlauf dieser Vorgänge wurde der Vorsitzende des Ringes freiheitlicher Studenten (rfs) NRW vorläufig festgenommen, weil er Polizeibeamte mit einer Schußwaffe bedrohte, um sich der Festnahme zu entziehen. Ein weiteres rfs-Mitglied wurde von der Polizei vorläufig festgenommen, weil in seinem Fahrzeug pyrotechnisches Material gefunden wurde, daß nach Auffassung der Polizei dazu geeignet ist, erhebliche Körperverletzungen herbeizuführen. Das Fahrzeug stand auf dem Universitätsgelände. Die Polizei nahm darüber hinaus ein drittes rfs-Mitglied fest, das am 21. Mai 1987 im Rahmen der AStA-Wahlen eine gefährliche Körperverletzung begangen hat.

Der Rektor der Universität zu Köln, Prof. Dr. Peter Hanau, nahm diese Vorgänge heute zum Anlaß, den rfs aus der Matrikel der Universität Köln bis auf weiteres zu streichen. Dies hat unter anderem zur Folge, daß der rfs im Universitätsbereich zum Beispiel keine Veranstaltungen durchführen oder Informationstische aufstellen darf.

Ring freiheitlicher Studenten
Bundesdelegiertentagung in Bonn

"Am 10. Oktober wurde Gabriele Schlaeper zur neuen Bundesvorsitzenden und Ulrich Korell zum Generalsekretär des konservativen rfs gewählt. Markus Beisicht stellte sich wegen des anstehenden Staatsexamens nicht zur Wiederwahl.
Der kommunistische Rädelsführer Hartmut Meyer (AStA Uni Bonn) hatte sich in Köln-Bonn und im Umland mit wenig Erfolg bemüht, Gegendemonstranten zu gewinnen. (...)
Im linksliberalen Bonner General-Anzeiger prangerte Mitarbeiterin und DKP-Meyer-Kumpanin U. Pollmann unter "Neofaschistischer Tendenz" dann den rfs an."
(Volksbund Deutscher Ring e.V.)

U. Korell, Chemiestudent an der Bonner Uni, wurde wegen Schußwaffengebrauch, M. Beisicht wegen Mitführens pyrotechnischer Mittel festgenommen!

Gewaltbereitschaft in Bonn

Der AStA Uni Bonn weist seit dem Sommersemester 87 auf die Gefahren hin, die mit dem Auftauchen des rfs an der Bonner Uni verbunden sind. Nach unserer Einschätzung ist der rfs eine Gruppe mit stark neofaschistischen Tendenzen. Dies läßt sich sowohl an programmatischen Punkten als auch an personellen Verbindungen zu Neonazi - Organisationen festmachen. So legte der AStA dem StudentInnenparlament (SP) eine Dokumentation vor, die dieses belegt. Ein ausführliches Informationsheft wird zur Zeit im Antirepressionsreferat erstellt und steht voraussichtlich ab Ende Dezember einer interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung. Auf Grund der dem SP vorgelegten Dokumentation kam die Mehrheit zu der Überzeugung, einem Resolutionsentwurf des Bonner AStA zuzustimmen, der das Auftauchen des neofaschistischen rfs in Bonn verurteilt, das Vorgehen des Bonner AStA, dem rfs die Zulassung zu verweigern, begrüßt, und den Rektor der Uni Bonn auffordert, sich dieser Maßnahme anzuschließen. Der RCDS hatte diesem Entwurf nicht zugestimmt, weil dort unter anderem schwere Vorwürfe gegen den RCDS-Bundesvorsitzenden erhoben worden sind, die dieser aber höchstpersönlich in einem Gespräch mit dem AStA aufklärte, so daß einer nachträglichen Zustimmung auch dieser Gruppe nichts mehr im Wege stehen dürfte.

Die Gewalttätigkeit des rfs zeigte sich bei seinem ersten - unrechtmäßigen - Auftritt am 04. November 1987 im Hauptgebäude, wo er einen Infostand mit mehreren Flugblattverteilern postiert hatte. Trotz Aufforderung durch die Hausmeister, das Gebäude zu verlassen, blieben sie dort und provozierten, nachdem ein Mitarbeiterdes AStA Antirepressionsreferates dort auftauchte und sie zum Abzug aufforderte, einen Tumult. Erst durch das Einschreiten des Rektors konnte dieser beendet werden. Dabei wurde ein Mitglied der Fachschaft Germanistik verletzt. Der Rektor war nach diesem Zwischenfall bereit, eine Nichtzulassung des rfs als studentische Gruppe in Erwägung zu ziehen. Der AStA übergab dem Rektor neben gesammelten Informationsmaterial auch Urteile und Beschlüsse Kölner und Münsteraner Gerichte, die die neofaschistische Tendenz des rfs ebenfalls bestätigen.
Die Methoden des rfs sind - wie schon in Goebbels Tagebüchern nachzulesen - so neu nicht und typisch für faschistisches Vorgehen. Es werden Schlägereien angezettelt, die auf der einen Seite die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit erregen und auf der anderen Seite die politischen Gegner diffamieren sollen. Zusätzlich wird versucht, über die Mitleidsschiene (sehe ich aus wie ein Faschist?) Sympathie in der Öffentlichkeit zu er-

heischen und sich selbst als Opfer zu präsentieren. Parallell dazu werden ausgewählte Personen des politschen Gegners namentlich in der Öffentlichkeit diskriminiert und bedroht.

DOKUMENTATION: GRUNDSÄTZE DES RFS

I. PRÄAMBEL

1. Politik hat ausschließlich dem Gemeinwohl zu dienen.
2. Politik hat die ständige Verbesserung des Bestehenden anzustreben.
3. Politik ist verantwortlich gegenüber künftigen Generationen.

II. DAS FREIHEITLICHE MENSCHENBILD

1. Das Menschenbild des RFS wurzelt in der Philosophie der Klassik und des deutschen Idealismus. Es geht von der unveräußerlichen Würde und der natürlichen Gleichwertigkeit aller Menschen aus.
2. Das Menschenbild des RFS orientiert sich konsequent an den Forschungsergebnissen der Naturwissenschaften. Es ist daher realistisch.
3. Gleichheit kommt in der Natur nicht vor. Jeder Mensch ist mit unterschiedlichen Anlagen und Begabungen ausgestattet. Politik muß dieser menschlichen Vielfalt Rechnung tragen.
4. Die Existenz des Menschen ist ohne Gemeinschaft undenkbar. Die natürlichen Formen der Gemeinschaft sind Familie und Nation. Beide prägen den Menschen wesenhaft und müssen daher durch die Politik geschützt werden.

III. DIE FREIHEITLICHEN GRUNDWERTE

1. Einigkeit

Die bedeutung des Grundwerts Einigkeit ergibt sich aus der besonderen Lage des geteilten Deutschlands. Die Überwindung der deutschen Teilung ist die oberste Aufgabe jeder Politik. Einigkeit nach außen bedeutet Solidarität nach innen. Sie schafft damit nicht nur die Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben der Völker, sondern auch die Grundlage einer Gemeinschaft,, in der jeder Mensch sich frei entfalten kann.

2. Recht

Die Verpflichtung, Freiheit und Selbstbestimmung für alle zu verwirklichen, gründet in der Idee des Rechts. Sie kann nur verwirklicht werden in einer Welt, die offen ist für Veränderungen und die Verschiedenheit der Menschen und Völker. das Recht steht über der Freiheit.

3. Freiheit

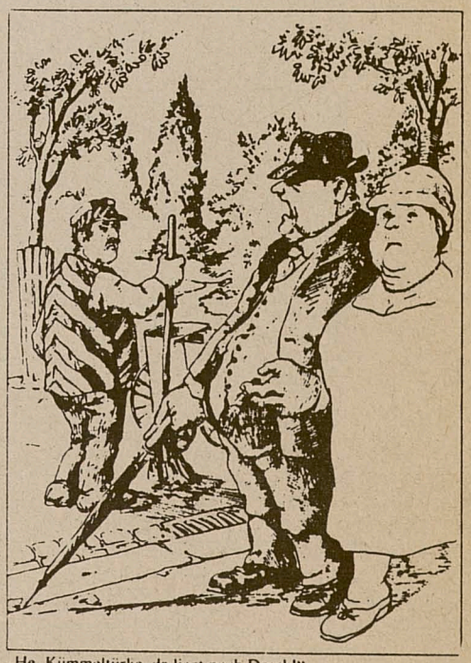
Freiheit bedeutet Selbstentfaltung und Selbstverwirklichung, aber auch Verantwortung und Pflicht. Sie hat nie etwas mit destruktiver Libertinage oder mit Egoismus des Einzelnen auf Kosten der Gemeinschaft zu tun gehabt. Freiheit nur auf die einzelne Person oder Gruppe bezogen, wird zum Genuß- und Konsummittel und ist an sich kein Wert. Wir verstehen daher Freiheit nicht als Freiheit von etwas, sondern als bewußte Hinwendung zu den Grundwerten menschlichen Lebens.

IV. ZUSAMMENFASSUNG

Der RFS erstrebt einen Zustand des Friedens in Europa, in dem auch das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt. Darin liegt die Voraussetzung für eine Ordnung, in der der Mensch seine Persönlichkeit in Freiheit entfalten und als dienendes Glied der Gemeinschaft am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben des deutschen Volkes mitwirken kann. Unser Ziel ist der freie und verantwortungsbewußte Mensch in der Gemeinschaft."

"Natürliche Ungleichheit"

Der Satz "Gleichheit kommt in der Natur nicht vor" und die folgenden lassen keinen Zweifel daran, daß der rfs die Theorie der unterschiedlichen Wertigkeit der Menschen vertritt. Daraus würde folgen, daß es "unnatürlich" wäre, Gleichheit herstellen zu wollen, für Ausgleich zu sorgen, Minderheiten und Schwächere zu unterstützen.
Der nächste Gedanke ist der der "natürlichen Selektion" und der Überlegenheit bestimmter Völker über andere. Dieses Menschenbild läßt eine demokratische Ordnung nicht zu und widerspricht allen Prinzipien einer sozialen Gemeinschaft. Denn "natürlich" wären dann auch Eliteförderung, der Kampf der Stärkeren gegen die Schwächeren, Apartheid und im schlimmsten Falle: Euthanasie als "politischem Rechnungtragen" dieser Ungleichheit.
Befremdlich ist es auch, daß der rfs "Einigkeit" zu einem Grundwert erhebt. Gemeint ist allerdings nicht Einigkeit im Sinne einer sozialen Gemeinschaft, sondern "Einheit" - die deutsche nämlich! Was aber geschieht mit denen, für die deutsche Einheit kein Grundwert ist? - "Das Recht steht über der Freiheit". Und Freiheit gibt es nur für die, denen Einheit ein Grundwert ist. In der Verabsolutierung der Justiz liegt eine der größten Gefahren: Steht die Judikative über dem freiheitlichen Prinzip selbst, wird die Gewaltenteilung aufgehoben, das Mehrheitsprinzip außer Kraft gesetzt, denn alles wird an juristischen Normen gemessen, die den Anspruch der Objektivität erheben, in Wirklichkeit aber genau so falsifizierbar wie alle anderen Entscheidungen sind, die von den gerade Herrschenden gesetzt wurden. Damit ist der Weg zu einer Diktatur frei, den der rfs hier eindeutig öffnet.



„He, Kümmeltürke, da liegt noch Dreck!"
Cartoon von Kurt Halbritter.

Deutlich wird dies noch einmal an der Definition von Freiheit als "bewußte Hinwendung zu den Grundwerten menschlichen Lebens (...) Freiheit (...) ist an sich kein Wert". Der Inhalt der Freiheit wird also wieder von oben bestimmt, der Einzelne ist nicht frei, sondern "dienendes Glied einer Gemeinschaft". Keine Freiheit für den oder die, die die vom rfs festgelegten "Grundwerte menschlichen Lebens" - z.B. die natürliche Ungleichheit und die deutsche Einheit - nicht teilen.
Nach diesen Äußerungen wird der rfs zu Recht als nazistische und neofaschistische Organisation bezeichnet werden dürfen. Dem entspricht auch ein Beschluß des Amtsgerichts Münster vom 06. November 1981, in dem es wörtlich heißt: "Nach dem vorliegenden Ermittlungsergebnis ist nicht davon auszugehen, daß die Behauptung, der rfs sei eine nazistische oder neofaschistische Organisation, unzutreffend ist. Dafür, daß der rfs dem Kreis rechtsextremistischer Gruppen zugeordnet werden kann, gibt es mehrere Hinweise."

HOCHSCHULE

RFS:		NPD:
"Die Ergebnisse der modernen Naturwissenschaften Biologie, Genetik, Ethologie und Psychologie der letzten Jahrzehnte führen nun das dogmatische Menschenbild all jener Ideologien ad absurdum, die sich ausschließlich auf die Milieutheorie (Der Mensch wird primär von seiner Umwelt bestimmt!) gründen." (Leitgedanken, S.3)	⟷	"Dabei haben die Forschungen von Wissenschaftlern auf der ganzen Welt in den letzten Jahrzehnten zweifelsfrei bewiesen, daß die Milieu- oder Umwelttheorie falsch ist: nicht die Umwelt, das Milieu und die Erzeihung bestimmen den Menschen - sie tragen zwar etwas dazu bei - sondern in weit größerem Maße seine Erbfaktoren." (R.Kosiek, Marxmismus? Ein Aberglaube, Neckargemünd 1974, S. 13)
"Gleichzeitig muß eine neue Bildungspolitik von einem realistischen Menschenbild ausgehen: nach allen Erkenntnissen der Wissenschaften muß dies das Bild eines Menschen beinhalten, der weitaus überwiegend durch anlagebedingte Begabungsstrukturen gekennzeichnet ist. Nach diesen verschiedenartigen Begabungsschwerpunkten hat sich eine Bildungspolitik zu orientieren, wenn sie dem Anspruch auf Menschengerechtigkeit und Humanität gerecht werden will." (Leitgedanken, S. 3)	⟷	"Nur die Erkenntnis der biologischen Tatsache des verschiedenen Erbgutes in jedem Menschen, die der Mensch nicht ändern sondern nur anerkennen und berücksichtigen kann, wird zu zukunftsträchtigen Lösungen und letzten Endes für alle beteiligten Einzelmenschen und Rassen zu einem Optimum an Verträglichkeit und Entwicklungsmöglichkeit führen." (ebd, S.19)
"Die bisherigen Bemühungen, eine Leistungsgleichheit herzustellen durch Einheitsbildung in Einheitsschulen (Gesamtschulen, Gesamthochschulen) gehen von falschen Voraussetzungen aus. Sie fördern Nivellierung, Entpersönlichung und damit letztlich den Zerfall unserer christlich-abendländischen Kultur und unseres demokratischen Staatswesens." (Leitgedanken, S.6)	⟷	"Da die einzelnen Menschen aufgrund ihrer Erbanlagen in Bagabungen und Fähigkeiten verschieden sind, sind unterschiedliche Bildungszweige, d.h. ein differenziertes Schulsystem, erforderlich, jedoch nicht die als Ziel linker Kulturpolitiker erstrebte Einheitsschule, etwa in Form der integrierten Gesamtschule, die auf einem falschen Menschenbild beruht." (ebd., S. 18f)

Personelle Querverbindungen

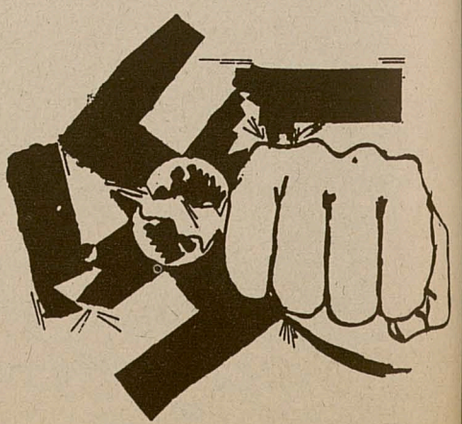
Die engsten personellen Querverbindungen bestehen zwischen dem rfs und den deutschen Burschenschaften. So geben die "Burschenschaftlichen Blätter" Hinweis darauf, daß der im Juni 1976 gewählte Hochschulpolitische Ausschuß (HpA) der Deutschen Burschenschaften maßgeblich an der Gründung des Kölner rfs beteiligt war.
Namentlich bestehen Verbindungen zur Germania Köln und Frankonia Münster. Darüberhinaus wurden im September 1982 zwei Münsteraner rfs'ler in den Vorstand des Ostpolitischen Deutschen Studentenverbandes (ODS) gewählt.
Mitglieder der Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft (DSAG) veröffentlichten im Jahre 1982 Artikel in den rfs-Blättern "Nation Europa" und "Tendenzwende", wobei der Titel des Beitrages in letzterem Blatt lautete: "Die SWAPO ist Moskaus Hilfstruppe gegen Namibia". Die Zeitung "Tendenzwende" wurde von der DSAG mitfinanziert. Die DSAG erhält dabei jährlich etwa 200.000 DM aus Pretorias Kulturetat, die - Angaben der DSAG zufolge - stets offen ausgewiesen seien und zu Honor

wiesen seien und zur Honorierung von Rednern verwendet würden. Im Übrigen bestehen Verbindungen durch Mitarbeit an den beiden Rechtsaußen-Zeitungen "Criticon" und "Mut" und zum Thule-Seminar, das in den von ihm herausgegebenen Schriften den Gedanken der Ungleichheit der Menschen und den "Ethnopluralismus" vertritt.

Der rfs an der Bonner Uni

Bisher ist noch nicht entschieden, ob der Rektor der Uni Bonn (wie der AStA) den Antrag des rfs auf Zulassung als studentische Gruppe ablehnen wird. Für eine Nicht-Zulassung spricht insbesondere:
1) die offen anti-demokratische und menschenverachtende Grundhaltung des rfs.
Weder Information noch Repräsentation in diesem Sinne kann das Interesse der Bonner Studierenden sein.
2) die ~~(latente)~~ Gewaltbereitschaft des rfs, die deutlich in Köln und im Ansatz in Bonn bei einem Vorfall in der Säulenhalle zutage trat.
3) die Berechtigung, im Falle der Zulassung universitäre Räumlichkeiten und Werbeflächen für ihre Propaganda benutzen zu dürfen.

Völlig unabhängig von dem Hausrecht des Rektors bestehen recht offene Wahlrechtsnormen zum StudentInnenparlament. So kann jede Gruppe, die pro angefangenem Tausend Studierender eine Unterstützerunterschrift (also insgesamt 41) aufweisen kann, zu den Wahlen antreten. 41 Unterschriften dürften für den rfs - zur Not mit finanziellen Angeboten - kein Problem sein. Mit einem Wahlantritt im Januar ist also zu rechnen. Wichtig ist, daß dieser Wahlantritt nicht etwa mit einer politschen Entlastung des rfs verwechselt werden darf. Das einzige, was bleibt, ist gemeinsam gegen den rfs vorzugehen, Flugblätter nicht anzunehmen, Veranstaltungen zu boykottieren und immer wieder über die theoretischen Hintergründe aufzuklären.



Info 03 Juli 1987

r.f.s.

JA ODER NEIN: r.f.s.

NEIN!!

Beutet AStA arme Schwarze aus?

Bonn (dqa). Der marxistische AStA findet immer weniger Studenten, die seine Propaganda-Flugblätter verteilen. Deshalb werden jetzt fast nur noch Afrikaner für diese Arbeiten herangezogen. Gerüchten zufolge erhalten die schwarzen Mitbürger nur wenige Pfennige pro 1000 verteilter Flugblätter. Stimmt das, AStA und SHB ?!

NEIN!

32 Ds 46 Js 59/80
32 AK 770/80

AMTSGERICHT MÜNSTER

BESCHLUSS
In der Strafsache

gegen Ulrike Hörster-Philipps geborene Philipps, geboren am 27. Juli 1949 in Duisburg, wohnhaft in 4405 Nottuln, Baumberg 1, verheiratet, deutsch,

Verteidiger: Rechtsanwälte Randebrock pp., 4406 Drensteinfurt 1,

wegen Beleidigung

wird gemäß § 204 StPO die Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt.

Gründe:

Nach dem derzeitigen Stand der Ermittlungen ist nach Auffassung des Gerichts ein hinreichender Tatverdacht für ein Vergehen gemäß § 186 StGB nicht gegeben.
Nach dem vorliegenden Ermittlungsergebnis ist nicht davon auszugehen, daß die Behauptung, der "RFS" sein eine nazistische oder neofaschistische Organisation, unzutreffend ist. Dafür, daß der RFS dem Kreis rechtsextremistischer Gruppen zugeordnet werden kann, gibt es mehrere Hinweise.

Uni - VV

Auf der Uni-Vollversammlung am Donnerstag, den 26. November 1987 wurde mit großer Mehrheit folgende, von der Fachschaft Politologie eingebrachte Resolution beschlossen:

RESOLUTION
WIDER DEN
RING FREIHEITLICHER STUDENTEN
(r.f.s.)

"Die Uni-VV verurteilt das Auftreten des "Rings freiheitlicher Studenten" (r.f.s.) an der Universität Bonn sowie die Existenz neofaschistischer Gruppen im Bonner Raum. Der r.f.s. ist eine neofaschistische Gruppe. Dies geht zum einen aus seiner Programmatik (Ethnopluralismus, Biologismus) als auch aus seiner personellen Verbindung zu neofaschistischen Gruppen (FAP, NPD) hervor.
Die VV begrüßt, daß der Geschäftsführer des AStA angewiesen wurde, dem r.f.s. die Zulassung als studentische Gruppe zu verweigern. Der AStA ist kein Handlanger des Faschismus. Der Rektor sollte einen ebensolchen politischen Akt vollziehen.
Für uns ist das Auftreten des r.f.s. an der Uni Bonn sowie die Zunahme neofaschistischer Aktivitäten im Raum Bonn Zeichen für eine Verschärfung des rechtskonservativen Klimas in der Bundesrepublik. Diese Vorgänge stehen in einer Linie mit dem Wahlerfolg der DVU/NPD in Bremen und den erschreckend hohen Ergebnissen auch der Republikaner in Bayern und Bremen. Die DVU/NPD hatte in Bremen einen höheren Wahlkampfetat als alle anderen Parteien zusammen, gesponsort wurde sie vom Herausgeber der "Nationalzeitung", Frey, dessen Büro auch als Sammelstelle für Spenden fungierte.

Die Erfahrungen in Deutschland lehren, daß Faschismus vom Kapital genutzt und protegiert wird. Durch den Faschismus wurden und werden Arbeiterorganisationen zerschlagen, politische Opposition vernichtet

politische Opposition vernichtet und Interessenverbänden des Kapitals direkter und ungehemmter Zugriff auf den Staatsapparat ermöglicht.
Die gefahren, die von Gruppen wie dem r.f.s. ausgehen, liegen in ihrer Propaganda für autoritäre Strukturen, Ausländerhetze und im biologistischen Menschenbild, dem ein Elitebegriff zugrunde liegt, aus dem heraus z.B. eine "Behindertenolympiade" (r.f.s.)-Zitat, d.h.: die Massenuniversität in Bonn zugunsten einer Eliteuni abgelehnt wird. Die VV ruft alle an der Uni Tätigen auf, gegen Neofaschisten in Bonn und speziell gegen den r.f.s. an der Uni vorzugehen. Wir unterstützen alle demokratischen Gruppen, die in diesem Sinne gewaltfrei tätig sind.
Die VV spricht sich dafür aus, daß der AStA durch geeignete Schritte dieser Entschließung Nachdruck verleiht.

Wir fordern:
- Keine Straßen, Plätze und Orte den Faschisten!
- Ihre Veranstaltungen dürfen nicht stattfinden!
- Informiert AStA und Antifa-Gruppen über die Aktivitäten der Faschisten!
- Verbot des r.f.s. durch den Bundesinnenminister!

Anna Köbberling
Peter Enzenberger

AKUTES

Die Steuerreform

was bringt das uns StudentInnen ?

Durch die 1986 begonnene Steuerreform schenkt die Bonner Regierung ihren Bürgern insgesamt ca. 44 Mrd. DM. Schön, schön.
Bei den beschenkten Bürgern hält sich die Begeisterung aber in merklichen Grenzen. Die parlamentarische Opposition will nicht mitmachen und selbst Lothar Späth äußert Bedenken - er will 1988 wiedergewählt werden. Die Gewerkschaften sind entschiedene Gegner der Reform und die Arbeitnehmer-Ausschüsse der CDU legen sich quer.
Und die StudentInnen ?

Das Gesamtpaket der Reform soll in 3 Stufen realisiert werden. Die erste hat uns 1986 schon erreicht; 10,9 Mrd. DM sind schon verteilt. Der Großteil davon entfiel auf die Erhöhung der Kinderfreibeträge, die aber überproportional auf höhere Einkommen verteilt wurden:

Einkommen AlleinstehendeR		Ersparnis	
Jahr	Monat	Jahr	Monat
120.000 DM	10.000 DM	1.149 DM	96 DM
40.000 DM	3.333 DM	862 DM	72 DM
20.000 DM	1.666 DM	451 DM	38 DM
6.000 DM	500 DM	0 DM	0 DM

Für 1988 sollen weitere 13,7 Mrd. DM und 1990 sogar 44 Mrd. DM verteilt werden, wobei aber knapp 20 Mrd. DM an anderer Stelle wieder eingenommen werden sollen.

Der Staat verschenkt Geld ?

Es ist nicht unbedingt zu begrüßen, wenn Herr Stoltenberg darauf verzichtet, einen Teil der Steuern einzunehmen. Durch die 1990 geplante Steuerreform gehen insgesamt 21 Mrd. DM an Einnahmen verloren, davon den Ländern 9,3 Mrd. und den Gemeinden 2,8 Mrd. DM (Angaben Bundesministerium für Finanzen). Dieses Geld kann nicht mehr in den Erhalt von Arbeitsplätzen oder im Bildungsbereich investiert werden, es ist erstmal futsch!
Viele Kommunen sind durch die Sozialhilfe schon so belastet, daß sie praktisch keine Aufträge mehr erteilen können. Das Land NRW rechnet mit 800 Mio. DM Mindereinnahmen. Wir werden sie wohl im nächsten Bildungshaushalt merken. Unabhängig davon, wer die 44 Mrd. bekommt, für die Hochschulen sieht es düster aus.

Wer kriegt das Geld ?

Zunächst einmal bekommen nur diejenigen etwas, die auch Steuern zahlen, d.h. ca. ein Drittel der Bundesbürger gehen leer aus: RentnerInnen, Arbeitslose, SozialhilfeempfängerInnen, die meisten StudentInnen (Bruttoeinkommen unter ca. 8000 DM) Die restlichen zwei Drittel profitieren von:

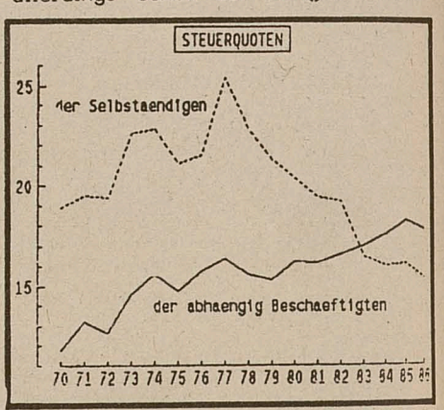
* Erhöhung des steuerfreien Einkommens (7 Mrd. DM)
* Absenkung des niedrigsten Steuersatzes von 22 auf 19 % (6,7 Mrd. DM)
* Abbau des "Mittelstandlochs" (23,7 Mrd. DM)
* Senkung des Spitzensteuersatzes (1,0 Mrd. DM)
* Erhöhung des Kinderfreibetrages (2,0 Mrd. DM)
* Senkung der Steuern auf Konzerngewinne (2,3 Mrd.)
* andere Maßnahmen (1,7 Mrd. DM)

Gerade beim sogenannten Mittelstandsloch werden viele Studierende über ihre Eltern indirekt profitiere. Die Leute , die heute wenig Steuern zahlen (bis ca. 200 DM), werden demnächst nichts mehr zahlen müssen, sodaß viele von uns über diesen Umweg für die Einsparungen im Bildungshaushalt etwas entschädigt werden. Es sei denn, wir bezahlen demnächst mehr Praktikumsgebühren, Büchergeld etc.
In absoluten Zahlen bekommen das meiste Geld die, die genug davon haben: die Spitzenverdiener. Die 39,5 Mrd. DM Entlastungen bei der Lohn- und Einkommenssteuer erbringen für einen verhairateten Menschen mit einem Kind (Steuerklasse III,2) bei einem Monatseinkommen von

DM 3.000	65,10 DM
DM 3.400	88,90 DM
DM 20.000	861,50 DM
DM 50.000	1.761,40 DM

(Quelle: Prof.Dr.Rudolf Hickel, PIW)

Die Spitzenverdiener sparen also mehr als die Hälfte eines guten Facharbeiterlohnes. Die Steuerbefreiung ist also zutiefst ungerecht verteilt. Die Steuerquoten divergieren allerdings schon seit längerer Zeit.



Grafik: IG Metall

Die IG Metall veröffentlichte eine Statistik, aus der hervorgeht, daß die Steuerquote der Selbstständigen sich von 1977 bis 1986 massiv gesenkt hat, während sie bei den Lohnabhängigen heraufgegangen ist.

Steuerbelastungen

Knapp 20 Mrd. DM sollen nicht eingespart werden, sondern durch Abbau von "Steuersubventionen" erwirtschaftet werden. Die Erhöhung der Verbrauchssteuern (evtl. als EG-Mehrwertsteueranpassung) ist auch noch möglich. Zunächst möchte man sich ja freuen, die Subventionen für Daimler Benz sollen wegfallen - schön wärs! In dem Subventionsabbauplan des BMF vom 14. Oktober ist nämlich von den Bestechungsgeldern für Konzerne keine Rede. Dafür stehen darin die Steuerfreiheit für Jahreswagen von Daimler Benz-Arbeitern. Sie verlieren dann ca. 3000 DM im Jahr an "Subventionen". Außerdem soll der Essenzuschuß von DM 1,50 pro Essen nicht mehr steurfrei sein. Das kostet

durchschnittlich nochmal 110 DM im Jahr. Auf den größten Protest ist der Plan gestoßen, die Zulagen für besonders schwere Arbeitsbedingungen zu besteuern. Dieser Vorschlag paßt allerdings auch einigen Konzernen nicht, da die Gewerkschaften schon angekündigt haben, daß dann eben die Zulagen entsprechend erhöht werden müssen. Zumindestens die IG Druck und die IG Metall dürften das auch durchsetzen, so daß noch mit Bewegung zu rechnen ist.

Anzeige

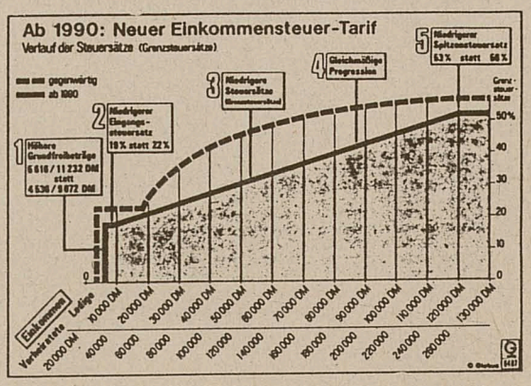
Ich höre was, was du ni(s)cht hörst!

FME HIGH FIDELITY EHÖLLÜTV

FME ELEKTROAKUSTIK GMBH
KAISERSTRASSE 9 5300 BONN 1
TELEFON 0228/224477

Arbeitsmarkt

Die Bundesregierung begründet die Steuerreform auch damit, sie lasse dem Bürger mehr Geld und stärke somit die Massenkaufkraft, was zu mehr Arbeitsplätzen führe. Grundsätzlich sichert mehr Geld in den Händen der Bundesbürger natürlich schon Arbeitsplätze, aber nur dann, wenn insgesamt mehr Geld in die Wirtschaft investiert wird. Würde der Staat die 44 Mrd DM also selbst für gesellschaftlich notwendige Investitionen ausgeben, z.B. für Umweltschutz oder für bessere Verkehrsbedingungen, dann würden auch Arbeitsplätze geschaffen. Da der Staat dabei überlegt Gelder ausgeben kann, wären also Direktinvestitionen in diesem Bereich sinnvoller. Die Steuerentlastungen der ersten Stufe 1986 sind bei den selbständigen Haushalten voll gespart, aber nicht investiert worden. Da vor allem obere Einkommensgruppen von der Reform profitieren, wird den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen also keine Rechnung getragen.



Fazit

Die Steuerentlastungen sind für Nichtselbständigen-Haushalte relativ gering und werden z.T. durch Steuererhöhungen wieder ausgeglichen, bei Schichtarbeitern kann sich sogar insgesamt eine Steuererhöhung ergeben. Die Steuereinsparungen bei den Ländern werden sich verheerend auf die Zukunftsinvestitionen von Bund und Ländern auswirken. Eine Verbesserung der Arbeitsmarktlage oder der Bildungsmisere ist nicht zu erwarten. Profitieren werden - wie immer - die Reichen.

DEtlev Kamps

Wirtschaftskrisen

Ursachen und Lösungen

Am Montag, den 19.10.87 waren alle diejenigen verunsichert, die immer die Fahne der "freien Marktwirtschaft" hochhalten. An einem einzigen Tag sanken die Aktienkurse um 22,6 %. Weltweit ging über 1 Billon DM an Börsenkapital verloren. Dieser Tag wird in Anlehnung an den 28.10.1929, dem schwarzen Freitag, als schwarzer Montag bezeichnet. Am schwarzen Freitag sanken die Aktienkurse nur um 12,8 %, sodaß es durchaus berechtigt ist, ähnliche Verhältnisse wie 1929/32 zu erwarten. Die führenden Wirtschaftsinstitute sind allerdings optimistisch wie eh und je; ihre Prognosen werden aber auch 1988 wohl wieder nicht zutreffen. Selbst wenn sie doch zuträfen, würde die Arbeitslosenzahl um 70.000 steigen - bei einem Wirtschaftswachstum von 1,5 % (Gutachten der "5 Weisen" vom 23.11.1987)

Die Opfer der Börsenkrise sind nicht so sehr die Großkonzerne - die können ihre eigenen Aktien billig kaufen und sparen dann Milliarden an Dividenden - sondern vor allen Dingen die Klein- und Mittelaktionäre. In den USA und in Großbrittanien sind die Arbeitnehmer dazu überredet worden, Aktien "ihrer" Firma zu kaufen. Das hat sich jetzt gerächt!
Die Banken machen wieder große Gewinne. Durch die vermehrten Aktiengeschäfte kassieren sie kräftig Provisionen; in der BRD alleine etwa 500 Mio. DM.

Ursache der Börsenkrise ist angeblich der "aufgeblähte Finanzmarkt", nur was ist dessen Ursache ?

Ursachen der Krise

Zur Erklärung von Wirtschaft (und -krisen) werden vor allen Dingen zwei Wirtschaftstheoretiker gehandelt: Keynes und Friedman. Ganz grob schlägt Friedman den Rückzug des Staates aus der Wirtschaft vor, und Keynes will die Wirtschaft durch Staatseingriffe beleben. In der BRD hat das zum Konzept der "sozialen Marktwirtschaft" geführt, das jetzt durch die geplanten Privatisierungen in Richtung der Friedman'schen Theorie verändert wird. Betrachtet man die Arbeitslosenquote, sind beide Konzepte gescheitert; also sind auch die Ursachenforschungen nicht ausreichend.
Eine Alternative könnten die Überlegungen eines ehemaligen Bonner Studenten sein: **Karl Marx.** Er untersuchte zusammen mit Friedrich Engels

AKUTES

die zweite kapitalistische Wirtschaftskrise von 1857 und kam zu dem Ergebnis, daß sie im Gegensatz zu Krisen im Feudalismus Überflußkrisen der Industrieproduktion sind, und daß sie notwendiger Bestandteil dieses Wirtschaftssystems sind.

Wesen des Kapitalismus ist das Erringen von Gewinnen und zwar möglichst hohen. Wer nicht genügend Gewinne macht, geht pleite oder wird von seinen Konkurrenten vom Markt verdrängt. Besonders hohe Gewinne macht, wer seinen Arbeitern besonders niedrige Löhne zahlt, somit besteht ein Zwang, die Löhne zu drücken. Da aber das Profit-Streben auch dazu führt, daß immer mehr Waren produziert werden, entsteht die mißliche Situation, daß das

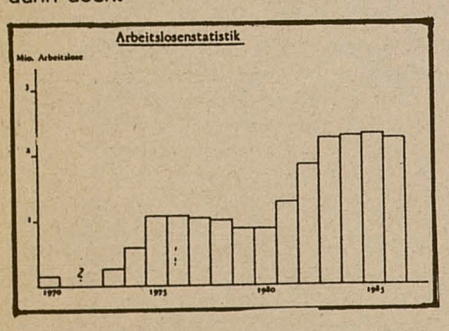
Börsensturz

28.10.1929	-12,8 %
12.10. - 16.10.1987	- 9,5 %
19.10.1987	-22,6 %
22.8. - 19.10.1987	-36,1 %
3.12.1068 - 26.5.1970	-35,9 %

Warenangebot immer größer wird und die Nachfrage stagniert oder sogar sinkt. (Nachfrage nicht als Wunsch der Kunden interpretiert) Man erhält eine Überflußkrise.

Da die überflüssigen Waren nicht mehr verkauft werden können, drosselt man die Produktion (vernichtet Kapital) und entläßt viele Arbeiter. Haben sich Angebot und Nachfrage wieder ausgeglichen, geht es nach einer Aufschwungphase wieder von neuem los.

Nun wäre denkbar, daß die Wirtschaftsbosse beschließen, die Löhne genauso steigen zu lassen, wie die Produktivität. Das geht aber deswegen nicht, weil jeder Konzern möglichst hohe Gewinne machen muß. Aber natürlich ist der Kampf der Gewerkschaften für mehr Lohn ein Beitrag, der Überflußkrise die Spitze zu nehmen, aber eintreten tut sie dann doch.



Ein weiterer Versuch, die Krise abzumildern, bestand darin, durch Staatseingriffe die abebbende Konjunktur zu beleben. Das funktioniert aber auch nur teilweise - die Beschäftigungsprogramme der Schmidt-Regierung haben die Zunahme der Massenarbeitslosigkeit nur gedämpft. Das lag daran, daß die Gewinne der Konzerne vergrößert wurden und nicht die Kaufkraft der Arbeitnehmer.

Wieso Börsenkrach ?

Wenn die Konzerne ihre Gewinne nicht mehr ausreichend durch Ausweitung der Produktion machen können, bleiben ihnen zwei Möglichkeiten. Sie können rationalisieren, also mit weniger Arbeitern die gleiche Warenmenge produzieren. Das erhöht die Arbeitslosenquote. Oder sie können Spekulationsgewinne machen, also Aktien kaufen und teurer wieder verkaufen. Wenn aber die Industrieproduktion stagniert, die Aktien dieser Konzerne aber immer höher bewertet werden, dann gibt es einen Widerspruch zwischen realem Kapital (Wert der Industrieanlagen) und fiktivem Kapital (Wert der Aktien)Dieser Widerspruch wird immer größer, bis er sich löst, d.h. fiktives und reales Kapital übereinstimmen. Das nennt man dann Börsenkrach.

Der Börsenkrach ist aber nicht Auslöser, sondern Ursache der Krise!

Verschärfungen der Krise

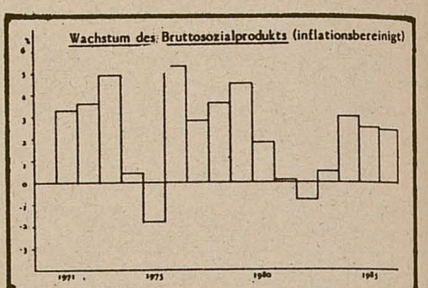
Beobachtet man die Folgen der letzten Wirtschaftskrisen, so läßt sich feststellen, daß

1. die Arbeitslosigkeit in Aufschwungphasen immer weniger zurückgeht
2. in Aufschwungphasen die Wachstumsraten der Industrieproduktion immer geringer werden
3. sich internationale Strukturkrisen ausbilden
4. die Verschuldungskrise der Entwicklungsländer zunimmt
5. die Preise auch in Krisenzeiten nicht zurückgehen

Die Gründe dafür ligen darin, daß sich seit Beginn dieses Jahrhunderts große internationale Monopole ausbildeten, die wegen ihrer wirtschaftlichen Macht zusätzliche Gewinne, sogenannte Extra-Profite machen können, indem sie z.B. Entwicklungsländern niedrige Preise für ihre Rohstoffe zahlen. Das führt zur Verarmung der entsprechenden Länder und zur Schuldenkrise.

Außerdem können die Monopole die Preise für ihre Waren - zumindestens eine gewisse Zeit - hochhalten, indem sie Kartelle bilden (Ölkonzerne). Desweiteren heizt die auf Kredit finanzierte Steigerung der Rüstungsetats die Inflation an, was alles wiederum eine Senkung der Reallöhne zur Folge hat.

Die außerordentlich hohe Arbeitslosigkeit ist eine Folge der vermehrten Rationalisierung. Wenn der Absatz der Industriewaren geringer wächst, als die Produktivität, dann werden weniger Arbeitskräfte gebraucht. Deshalb wächst die Arbeitslosigkeit bei 1,5 % Wirtschaftswachstum!



Lösungen

Die Lösung, die sich aus der vorherigen Analyse ergibt, heißt Erhöhung der Reallöhne und Abbau der Arbeitslosigkeit durch Beschäftigungsprogramme und Arbeitszeitverkürzung.

Die Erhöhung der Reallöhne führt aber nur dann zur Belebung der Wirtschaft, wenn dadurch die Nachfrage wächst. Das passiert z.B. nicht, wenn der Staat seine Ausgaben senkt wie bei der Steuerreform, oder wenn die höheren Löhne nicht konsumiert werden, also z.B. in Spareinlagen fließen. Diese Gefahr besteht bei Sozialhilfeempfängern und Arbeitslosen in der Regel nicht. Beschäftigungsprogramme würden nicht nur die Arbeitslosigkeit senken, sondern dem Staat auch Mittel für die Sozialhilfe sparen; die Kommunen gaben hierfür ca. 20 Mrd DM jährlich aus.

Dabei wäre es vollkommen falsch, dioe Konzerne zu subventionieren, denn die können ihre Produktion wegen der mangelnden Nachfrage nicht ausweiten. Sie investieren also in Rationalisierungstechniken. Der Staat müßte als Arbeitgeber fungieren, indem z.B. die Umweltverschmutzung bekämpft wird. Weitere Maßnahmen wären Ausbau des Fernwärmenetzes, des öffentlichen Nahverkehrs usw.

Finanzieren müßten diese Programme die Konzerne, die Unsummen an überschüssigem Kapital gehortet haben und in spekulative Geschäfte stecken. Die Firma Siemens besitzt z.B. 22 Mrd DM an flüssigem, d.h. nicht investierbarem Kapital. Das werden sie nicht freiwillig tun, da dann ja ihre Profite sinken. Im Gegenteil, sie werden alles tun, das zu verhindern. Man wird sie zwingen müssen!

Bei Karl Marx heißt das Klassenkampf.

DEtlev Kamps

KEINE PAUER!

Ein Abend mit J.W. Möllemann

Am 3. Juni, als StudentInnen in Düsseldorf gegen den Hochschulabbau demonstrierten, war der frischgebackene Bildungsminister Möllemann der Einladung einer Burschenschaft gefolgt, um vor einem "sachlichen" Publikum über die Uni- und Berufssituation in Deutschland zu referieren. Aber der ruhige Abend, den er erwartet hatte, wurde ihm von den Demo-RückkehrerInnen verpatzt. Auf deren laute Kritik hin mußte er immer wieder seine Unkenntnis eingestehen.

Der damalige AStA-Chef Joachim Sander resümierte: "Ich stelle fest, daß sie in ihr neues Ressort noch nicht eingearbeitet sind und lade sie nochmals zu einem Diskussionsabend mit der Bonner StudentInnenschaft ein"

Gesagt, getan! Der diesmal vom AStA organisierte Diskussionsabend versprach vieles. Über die Bafög-Misere, über das politische Mandat, über seine Bundestudentenparlamentspläne sollte Möllemann zur Rede gestellt werden. Meterhohe Transparente mit kämpferischen Parolen ("Mölleman go home") ließen bereits ahnen, daß dem Minister von hochschulpolitisch versierten, gut vorbereiteten StudentInnen der Angstschweiß ins Gesicht getrieben würde. Selbst das Fernsehen war gekommen, um der angekündigten Ministerfertigmache beizuwohnen.

Doch es kam alles ganz anders. Der BuBiMi hatte die Zeit genutzt und seine Schulaufgaben gemacht. Er ließ sich nicht mehr ins Bockshorn jagen, sondern hatte inzwischen jene aalglatte, souveräne Unantastbarkeit drauf, die man von einem Berufspolitiker erwartet. Er würde "anregen, prüfen, fordern, durchsetzen wollen", beteuerte er nach der Art von Wahlversprechen (versprechen kann sich doch jeder mal! d. säzz.). Da prangerte eine Studentin die herrschende Bafög-Gesetzgebung an. Der Minister - stimmte ihr zu! Dann plauderte er erstmal von seiner Hollandreise und von dem tollen Bafög-Modell, das die Holländer haben, für das er sich nun "stark machen" werde. Das komplette Auditorium fiel darauf rein: Alle dachten sie nun angestrengt über das neue, soeben vernommene Modell nach - und vergaßen völlig den bestehenden Bafög-Mißstand, der herrschte, herrscht und herrschen wird, mag Mölli sich vordergründig "stark machen" oder nicht. Alles schöngeistige Gerede über gerechtere Modelle hat wenig Sinn, wenn sie nicht Praxis werden. Auf Praxis und Fakten aber muß ein Berufspolitiker festgenagelt werden - sonst tut sich überhaupt nichts.

Doch es fehlten nicht nur verbindliche Ministerzusagen, es fehlten auch StudentInnen, die sie ihm abknöpften. Auch die StudentInnen, insbesondere ihre InteressenvertreterInnen aus dem Zentralrat der vds waren erstaunlich schlecht vorbereitet. Nicht nur, daß besagter "ZR" eine knappe Stunde zu spät kam und danach immer wieder auf den Anfang des Abends zurückverwiesen wurde - auch im AStA verstand man nicht mit so einem BuBiMi umzugehen. Mit einer Figur, die aus ihrer "Münsteraner Zeit als

AStA-Vorsitzender die ganze Misere um das politische Mandat kannte" und sich warm für das PM einsetzte (allerdings mit der kleinen Nebenbemerkung, daß es um studentische Belange gehen müsse). Auf diesen Etikettenschwindel gezielt hinzuweisen blieb die ganze studentische HörerInnenschaft schuldig, insbesondere jene, die hier groß einen "heißen Abend" versprochen hatten.

Auch für die vds war der Abend gewiß keine Werbeveranstaltung. Viele ZuhörerInnen, die hier das erste mal ihre vds-VertreterInnen sprechen hörten, waren stark abgestoßen von einem so niedrigen Niveau, was Kompetenz, inhaltliche Vorbereitung und vor allem rhetorisches Geschick jener Gestalten angeht, die da für sie zu sprechen versuchten. Was auch immer sich für geheimnisvolle Dinge am Zipfel der StudentInnenschaft ereignet haben - die neue Besetzung wird noch viel lernen müssen, was Organisation und Taktik angeht. Wenn jener Basisgrüppler, der von einer "demokratischen, ausgewogenen Besetzung der vds, nämlich Jusos, BG's, GO-Gruppen - und ein Unabhängiger" sprach, wenn jener sich über den erzielten Lacherfolg wunderte, so beweist das die mangelnde Fähigkeit, studentische Interessen mit den richtigen Argumenten zu verteidigen. Und das in einer Zeit, da Mölli sein bundesweites Marionettentheater anpreist! Es hätte mehr auf demokratischer Legitimation als auf demokratischer Ausgewogenheit beharrt werden sollen. 80% der BRD-Asten sind nun mal links; das bedeutet nach dem gleichen Mehrheitswahlrecht, mit dem in der BRD der Bundesrat gewählt wird, daß auch die vds als Dachverband der BRD-Asten links sind - nicht "ausgewogen". Stattdessen ließ man sich einschüchtern von Möllis Beschwörung der "linksextremen Splittergruppen" - alles Dreck, um die sanfte Abschaffung der Verfaßten StudentInnenschaft durch sein BuStuPa vorzubereiten, welches von den Befugnissen ("Stellung nehmen") und der Rechtsaufsicht (J. Möllemann) gut zu den Süd-"Kastras" paßt. Daß dies alles nicht klargestellt wurde, ist bedauerlich.

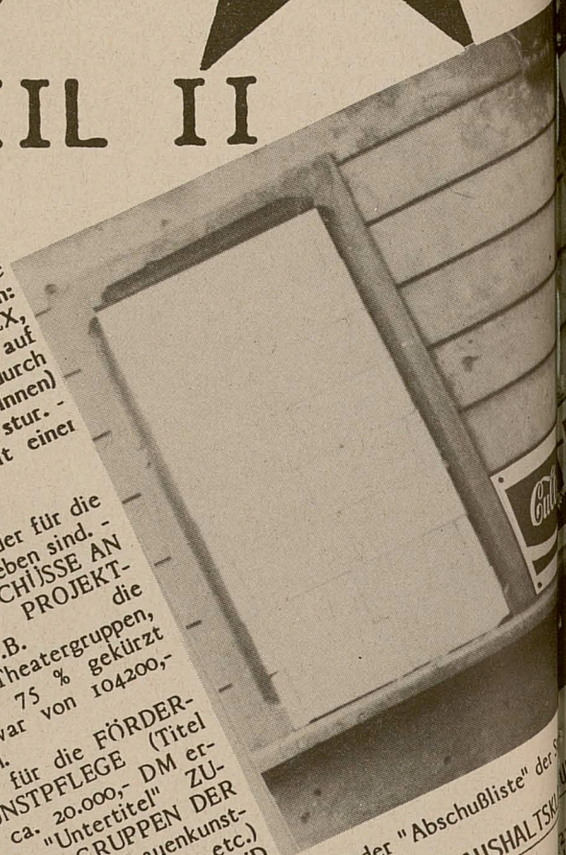
Ich glaube, wohl niemand, der auf dieser Veranstaltung war, ist zufrieden. Es fehlte eine offensive Formulierung und Einforderung grundlegender Bedürfnisse der StudentInnenschaft. Ein Eindruck, der auch angesichts des "Schweigemarsches" am 28.11. in Bonn besteht.

Rüdiger Plantiko

DER MüllL, diE sTadT unD dER tOD

TEIL II

Nachdem sich die Stadt, also die CDU, endlich über den Standort eines autonomen Kulturzentrums (falls mensch dieses Wort bei der Brotfabrik überhaupt benutzen kann - siehe Boykottfete zur Bundestagswahl 1987) entschieden hat (siehe letzte SUPP-KULTUR), dreht sie nun den freien und studentischen Kulturgruppen den Geldhahn zu. - Die Auseinandersetzungen um das Hansa-Haus in Bad Godesberg gehen weiter. Die Verwaltung der Stadt Bonn mußte feststellen, das der Ratsbeschluß vom 01.10.1987, im Hansa-Haus 10 (in Worten: zehn) neue Proberäume zu errichten, nicht umgesetzt werden kann. - Das REX, das im alten Godesberger Kino-Center eine Filiale eröffnen wollte, muß auf finanzielle Unterstützung seitens der Stadt (zum Bleistift durch VHS-Aufführungen, etc.) verzichten. - VBR (Verein Bonner RockmusikerInnen) weiterhin ohne Auftrittsraum. Auch hier stellte und stellt sich die CDU stur. - Chaos in der Kulturausschußsitzung am 26.11.1987. Kulturplenum mit einer lustigen Aktion mal wieder dabei.



auf der "Abschußliste" der

DER NEUE HAUSHALT

Ende Oktober flog der "Stadt Bonn; Entwurf; Haushaltsplan 1988" in's Haus. Wir, das AStA-Kulturreferat, stürzten uns natürlich sofort auf dieses Papier, um zu erfahren, wieviel Cash die Stadt nächstes Jahr für Kultur, insbesondere für die freien Gruppen, locker machen will. - Zum besseren Verständnis: für die Stadt Bonn sind alle studentischen und freien Gruppen freie Kulturgruppen. Nun Konkret zum Haushaltsentwurf:

- Der Zuschuß für die OPER DER STADT BONN (Titel 3312) wird um ca. 1,95 Mio. DM erhöht. Die Oper in der Stadt Bonn gibt mitlerweile jährlich mehr Geld aus, nämlich 42.740.300,- DM, als zum Beispiel die Brüsseler Oper (ca. 35 Mio. DM), die ja bekanntlich zu den besten in Europa zählt.

- Der Zuschuß für das SCHAUSPIEL DER STADT BONN wird um ca. 2,75 Mio. DM erhöht.

- Die Zuschüsse für die MUSIKSCHULE (Titel 3360) wurden um ca. 435.000 DM gekürzt. Dies geschieht, da sich die Einnahmen durch eine Erhöhung der TeilnehmerInnengebühr um ca. 24 % um ca. 400.000,- DM erhöhen.

- Die Zuschüsse für die FÖRDERUNG DES MUSIKTHEATERLEBENS (Titel 3380) wurden um ca. 90.000,- DM gekürzt. Dieser und der nächste Titel sind äußerst interessant, da hier die Gelder für die freien Gruppen festgeschrieben sind. - Hier der "Untertitel" ZUSCHÜSSE AN FREIE GRUPPEN; (z.B. FÖRDERUNG R(H)EINKULTUR, Theatergruppen, etc.) der allein um 75 % gekürzt werden soll und zwar von 104200,- DM auf 28.200,- DM.

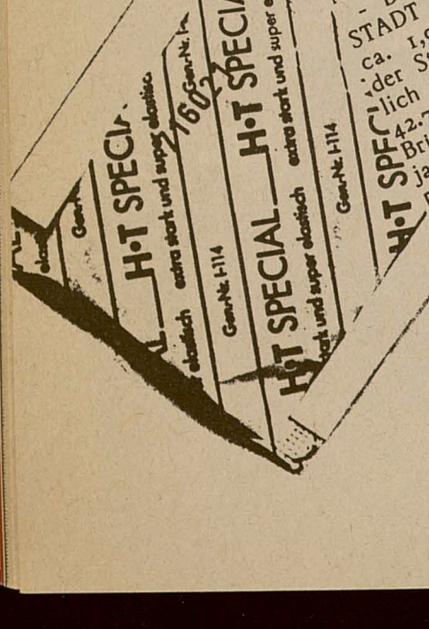
- Die Zuschüsse für die FÖRDERUNG DER KUNSTPFLEGE (Titel 3450) wurde um ca. 20.000,- DM erhöht. Aber: die "Untertitel" ZUSCHÜSSE AN FREIE GRUPPEN DER BILDENDEN KUNST (Frauenkunstgruppen, multimediale Kunst, etc.) und ZUSCHÜSSE FÜR FILM- UND VIDEOARBEIT (z.B. Bonner Sommerkino, EXPERI & NIXPERI, etc.) wurden zusammen um 25 % gekürzt.

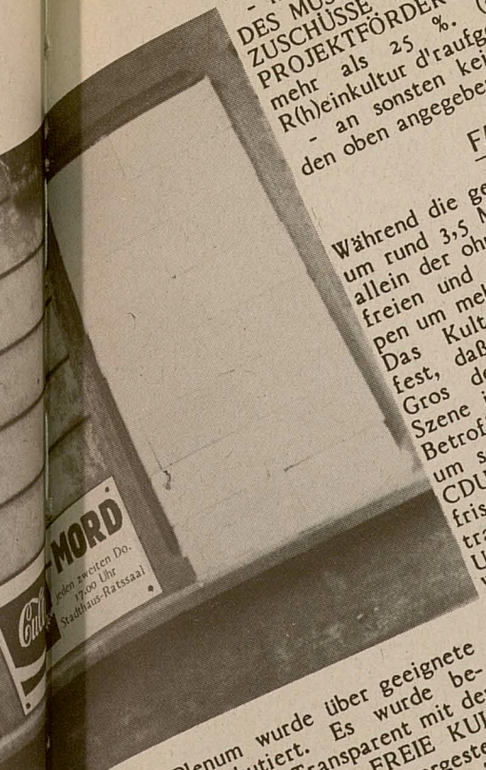
WAS GING AB?

All diese Sachen - und wie Ihr hoffentlich schon gelesen habt noch ein paar mehr - wurden auf dem KULTURPLENUM am 05.11.1987 diskutiert. Die Kulturgruppen waren entsetzt. Es wurde beschlossen, daß beim nächsten Plenum, am 12.11.1987, auch die freien Gruppen (VBR, Brotfabrik, Trägerverein Faßbender, etc.) eingeladen werden sollten. Diese erschienen dann auch. Es wurde eine gemeinsame Presseerklärung erstellt - beschlossen daß sich die Gruppen an der Juso-Veranstaltung (Sa.21.11.1987) beteiligten und daß mensch sich nächste Woche wieder zu einem Plenum trifft. - Die Kulturgruppen mußten nun "kommen", ging es doch um SEIN oder NICHT SEIN. Denn immerhin standen Projekte wie z.B. die R(H)EINKULTUR, das BONNER SOMMERKINO, EXPERI & NIXPERI, eine Veranstaltung wie JEANNE D'ARC AU BûCHER, etc.

CDU-HAUSHALTSK

Von Fr.20.11.1987 bi
fand die CDU-Hau
Lahnstein statt. Am
24.11.1987, gab es
Zeitungsmeldungen
interessantesteste:
Christdemokraten
Mark zur Fin
festivals R(h)
aufnehmen,
Diese Meld
lich warf
da der Ti
bezuschu
FREIE
DERUN
setzt.
wie
Titel
Also
wir
(Vors
CDU)
Frag
uns





- Kürzung der Titel im Bereich FÖRDERUNG DER KUNSTPFLEGE wie oben erläutert.
- Kürzung des Titels FÖRDERUNG DES MUSIK- UND THEATERLEBENS; ZUSCHÜSSE AN FREIE GRUPPEN; PROJEKTFÖRDERUNG um etwas mehr als 25 %. (also wurde die R(h)einkultur d'raufgestockt)
- an sonsten keine Änderungen in den oben angegebenen Punkten.

FAZIT

Während die gesamten Kulturausgaben um rund 3,5 Mio. DM ansteigen, wird allein der ohnehin geringe Ansatz der freien und studentischen Kulturgruppen um mehr als 25 % gekürzt. Das Kulturplenum stellte einhellig fest, daß diese massive Kürzung das Gros der freien und studentischen Szene in ihrer Existenz bedroht. Die Betroffenheit der Kulturgruppen ist um so größer, da sie auf die von der CDU-Fraktion versprochene Langfristigkeit der Fördermaßnahmen vertrauten.

Unter den Betroffenen machte das Wort von der "CDU-Schönwetterförderung" die Runde. es wurde allgemein geglaubt, daß die Zunehmende Einbeziehung der freien und studentischen Gruppen in die öffentliche Förderung der Überzeugung der Politiker-Innen entspringe, es handele sich um eine gleichwertige Kulturform. **NUN ABER BERAUBEN SICH DIE VERANTWORTLKICHEN KULTURPOLITISCHEN WÜRDIGKEIT!** Es zeugt von Unverantwortlichkeit und mangelnder Kompetenz, wenn der angebliche Sparwille der Stadt an den ohnehin arg gebeutelten freien und studentischen Gruppen demonstriert wird. Förderung der freien Kultur heißt nämlich keineswegs in guten Zeiten ein paar Brosamen fallen zu lassen und sich mit dem Mantel des Verständnis und der Liberalität zu schmücken, um in Zeiten der angespannten Haushaltslage, die die CDU ja selbst verantworten muß, das frisch Gewachsene wieder zu zerstören.

VBR & REX

Noch einmal zur Kulturausschußsitzung: Auf dieser Sitzung wurden auch die Großen Anfragen der SPD-Fraktion zum Hansa-Haus und zum Godesberger Kino-Center beantwortet.

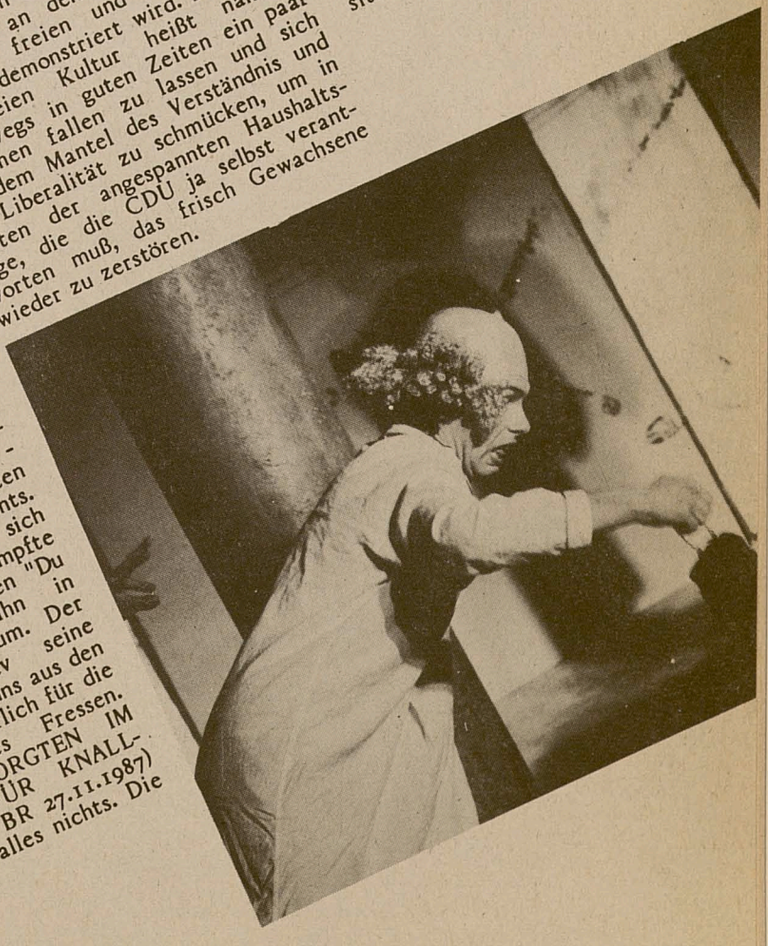
Zum Hansa-Haus: "Die Verwaltung ist nicht gewillt, die Interssenskonflikte der derzeitigen Mieter im Hans-Haus auf deren Rücken auszutragen. ... (Es) wurde zum Ausdruck gebracht, daß das Konzept (10 weitere Proberäume für die Musikgruppen) sich nicht von heute auf morgen realisieren läßt und nach und nach im Einklang mit bestehenden Mietverträgen und mit Rücksicht auf die verständlichen Belange der Mieter einvernehmlich vollzogen werden soll. ..." (Zitat Verwaltungsvorlage zur Kulturausschußsitzung, am 26.11.1987).

diesem Plenum wurde über geeignete Aktionen diskutiert. Es wurde beschlossen, daß ein Transparent mit der Aufschrift "LAßT DIE FREIE KULTUR NICHT STERBEN!" hergestellt werden sollte, daß am nächsten Tag ein Flugblatt erstellt wird und daß 100 Kondome besorgt und umetikettiert werden.

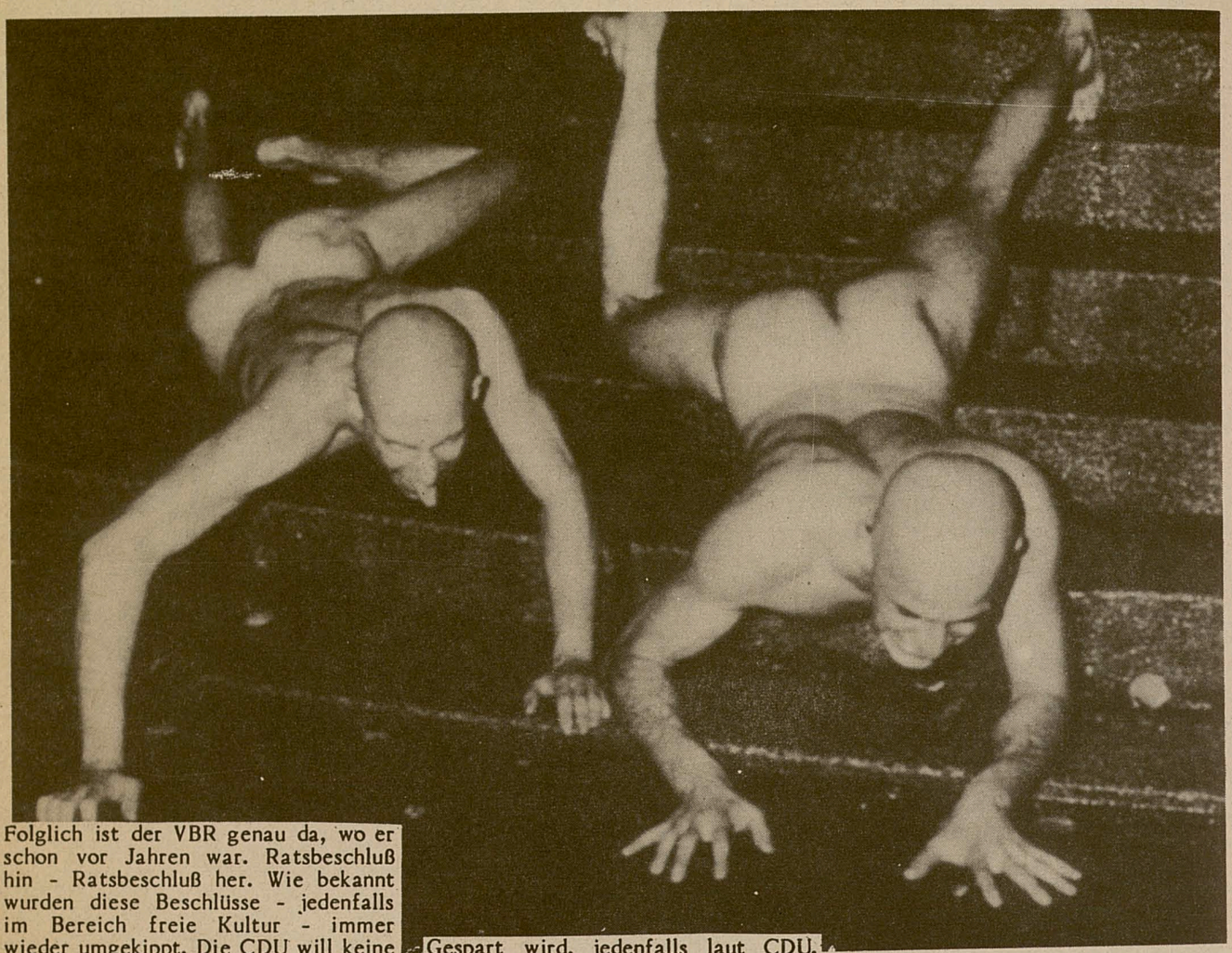
Nun ja, am Donnerstag, den 26.11.87 tagte dann der Kulturausschuß (Stadthaus). Das Bonn im Ratssaal (Stadthaus). Stadt natürlich Kulturplenum war drei stündiger Debatte endlich der Tagesvertreten. Als nach über ordnungspunkt HAUSHALT aufgerufen wurde, standen die MitgliederInnen der Kulturgruppen auf, gingen von dem ZuschauerInnenpodium in den Saal und versuchten das Transparent auszurollen, die Flugi's und die Kondome mit der Aufschrift KULTURVERHÜTERLIS (siehe Layout) an die PolitikerInnen zu verteilen. - Schreie und Entsetzen aus den Reihen der CDU-Fraktion. Ein CDU'ler stand auf, rannte auf das noch nicht einmal ganz entrollte Transparent zu und versuchte dieses zu zerfetzen. Dies gelang ihm nur teilweise. - Tumulte. - Die SPD und die Grünen versuchten die CDU zu beruhigen. Es half nichts. Ein anderer CDU'ler schnappte sich einen "Kulturmenschen" beschimpfte ihn mit dem schlimmen Worten "Du Lümmel!" und schupste ihn in Richtung ZuschauerInnenpodium. Der Vorsitzende erteilte brav seine Ordnungsrufe und verwies uns aus den Saal. - Das alles war natürlich für die Presse ein gefundenes Fressen. "FREIE GRUPPEN SORGTEN IM KULTURAUSSCHUß FÜR KNALLEFFEKT" (Überschrift BR 27.11.1987) - Trotzdem, es half alles nichts. Die CDU stimmte durch.

DER KULTURAUSSCHUß

Am Dienstag, den 24.11.1987, fand nochmals ein Kulturplenum statt. Auf



KULTUR



Folglich ist der VBR genau da, wo er schon vor Jahren war. Ratsbeschluß hin - Ratsbeschluß her. Wie bekannt wurden diese Beschlüsse - jedenfalls im Bereich freie Kultur - immer wieder umgekippt. Die CDU will keine Opposition und schon gar keine in irgentwelchen "bürgerlichen" Kreisen. Da läßt mann(!) lieber wieder die Kultur bluten. - Die SPD reagierte jedenfalls recht sauer und kündigte in der Kulturausschußsitzung an, daß sie wieder einen Antrag zur KLEINEN LÖSUNG FAßBENDER stellen werde, da die Verwaltungsvorlage das beste Argument dazu ist.

Zum Kino-Center in Bad Godesberg: Das Kino-Center hat vor einigen Monaten wg. Geldmangels - wohl aber eher wg. des schlechten Angebots - zugemacht. Seit diesem Zeitpunkt bemüht sich das REX um die Räume in der 1. Etage und der VBR um die Kellerräume, um sie als Veranstaltungssaal zu nutzen. Was sagte wohl die Verwaltung dazu? Kino? - In Godesberg? - So'n Quatsch! - Wenn mensch in's Kino will, soll mensch doch gefälligst nach Bonn oder sonstwohin fahren. Die Stadt will das REX auf jeden Fall nicht finanziell, z.B. durch VHS-Aufführungen in der REX-Filiale, unterstützen. - Aber trotzalledem können die Godesberger-Innen noch hoffen, da das REX vielleicht doch noch dieses Projekt durchziehen will. - Der VBR? - Ein Raum für Veranstaltungen? - Kein Geld! - Immer dieselben Antworten, wenn es um die freie Kultur geht. - Kein Geld! Gespart wird, jedenfalls laut CDU, überall. Na, ja - es mag Ausnahmen geben, sonst gäb's ja auch keine Regel, wie z.B. die Oper oder das Schauspiel der Stadt Bonn. Warum bei der freien Kultur gespart wird und die traditionellen Sparten aufgestockt werden ist ganz klar. Freie Kulturarbeit bietet eben die Möglichkeit, in kreativer Auseinandersetzung mit künstlerischen Medien und dem Lebens-, Arbeits- und Wohnraum, gemeisam mit unterschiedlichen sozialen Gruppen, verkrustete Denkstrukturen aufzubrechen, die passive Anpassung an gegebene Verhältnisse zu überwinden und aktives, solidarisches Handeln der herrschenden Individualisierung entgegenzusetzen. Und das mag die CDU überhaupt nicht. Sie zeigt sich, bzw. läßt sich zeigen, viel lieber. Sie "benutzt" die Kultur, um zu zeigen, was sie hat, was sie ist, was sie will...und die freie Kultur will sie eben nicht, weil sie nicht massenwirksam ist (Masse: Menschen mit genügend Cash).

- Klar wir haben ein Kulturzentrum - und? Warum haben wir es denn? - Wie viele Leute gingen denn dafür auf die Straße, wie viele Aktionen hat es denn gegeben? - Und? - Die CDU muß auch in Zukunf gedrückt werden. Sie ist weder einsichtig noch sonst was, sie ist eben die CDU.

Juppes

LIEBE JUSOS,

ihr hättet lieber die Titanic (1/85) lesen sollen. - Vielleicht hättet ihr es euch ja zu Herzen genommen. Hier nochmal die Meldung:

Und Dich, liebe SPD,

wollen wir bitten, im neuen Jahr endlich Deine Bemühungen um die *Kultur* einzustellen. Denn was der Herr getrennt hat, soll der Mensch nicht fügen - will sagen: Sonst nehmen Deine bei „Lieder im Park" angefangenen Kulturinitiativen schließlich mit „Lyrik im Vorgarten" und „Kultur im Eimer" ein trauriges Ende.

Und traurig bist Du doch sowieso. Titanic

Dieses zu eurer äußerst erfolgreichen Fete nach der ebenfalls äußerst erfolgreichen Demo. - Na, ja - zum Glück haben es ja nicht so viele gesehen. Ich wünsche euch auch in Zukunft viel Spaß bei solchen Aktionen. - Auf ein Neues! - So peinlich wie die Rechten seid ihr schon lange!

Politisches Mandat:

Zunächst ein paar Worte zur rechtlichen Seite des Politischen Mandats.
Das Problem des PM wäre wohl nie aufgekommen, wenn nicht Anfang der siebziger Jahre sämtliche StudentInnenschaften nach links gekippt wären und somit von demokratisch legitimierter Seite keine staatstreue, hörige, sondern kritische, eigenständige Politik betrieben wurde.

Eigenes politisches Handeln und Denken war und ist in diesem Staat aber nicht gefragt. Also mußten Wege gefunden werden, kritische Stimmen rechtlich zu unterbinden.
Das Grundgesetz wurde zu Rate gezogen. Das gewünschte Ergebnis, nämlich das Verbot des sogenannten allgemeinpolitischen Mandats wurde mal aus Art. 2 Abs. 1 GG, mal aus Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 5 Abs. 1 GG, mal unter Bezugnahme des im bürgerlichen Recht gewährleisteten Vereinsrechts interpretiert. Die Rechtsprechung zu diesem Thema ist kurios, und es wird deutlich, daß das Verbot des politischen Mandats nicht aus dem Gesetz heraus, sondern in das Gesetz hineininterpretiert worden ist.
Richterrecht orientiert sich an der herrschenden Meinung und die herrschende Meinung ist die Meinung der Herrschenden. Mit diesem zweifelhaften Recht ist das gewünschte Ziel, die StudentInnenschaften mundtot zu machen und zu kriminalisieren, aber nicht erreicht worden.
Außerdem gibt es zahlreiche politische Gründe, die jede/n Demokratin/en die Wahrnehmung des politischen Mandats fordern lassen müssen.
So muß es beispielsweise einem verkürzten Politikverständnis entsprechen, hochschulpolitische Veränderungen zu fordern, ohne dies im Bezug auf die allgemeinpolitische Situation zu tun, wie es zum Beispiel der Politik der LA und des RCDS entspricht. Eine hochschulpolitische Veränderung kann nur im Zusammenhang mit grundlegenden Veränderungen des gesellschaftlichen Systems erreicht werden. Eine eigene kritische Meinung ist heutzutage leider unerwünscht, da sie den Mächtigen ihre Macht streitig machen könnte.

Interessant ist aber auch, daß zur Zeit der rechten Asten sehr wohl politische Stellungnahmen und Aktionen zu sämtlichen Themen abgegeben wurden, z.B. wurden Fackelzüge zur Mauer veranstaltet sowie Solidaritätsaufrufe mit den Brüdern und Schwestern in der Zone abgegeben. Diese Tatsache macht deutlich, daß es RCDS und anderen rechten Gruppierungen mit ihren Klagen gegen linke Asten nicht etwa darum geht, uns dazu zu bringen, Gesetze einzuhalten. Nein, das Ziel ist hier ein grundlegend anderes.
Geklagt wird nämlich nur, um uns auf rechtlichem Wege kaltzustellen, und zwar solange, bis der AStA und das Linksbündnis kaputtgeklagt worden sind.
Bezeichnend hierfür ist, daß weder RCDS noch Liberale Aktion mit den laufenden Klagen an die Öffentlichkeit gehen. Logisch: Erfolg hätten sie mit solchen Hetzkampagnen wohl kaum. Solche Schweinereien laufen hinter verschlossenen Türen ab. Deutlich wird diese Tatsache auch, wenn mensch sich die Art der Klagen ansieht. Ein Beispiel:
Am 8. Mai '85 fand das vom AStA veranstaltete antifaschistische Jugendfest, bekannt als Antifa-Uni, statt. Der Termin dürfte jedem/r etwas sagen, es war der vierzigste Jahrestag der Befreiung vom nationalsozialistischen Terrorregime. Die Tatsache des antifaschistischen Festes stellte für die Kläger aus dem liberalen Dunstkreis ein allgemeinpolitisches Mandat dar, so daß sie vier Mitglieder des damaligen AStA stellvertretend für die Studierendenschaft wegen Veruntreuung studentischer Gelder verklagten. Gerade dieses Beispiel zeigt aber die Berechtigung der Forderung der Linken, es zeigt, daß Hochschulpolitik und Allgemeinpolitik nicht zu trennen sind. Denn das engagierte Eintreten der Studierenden gegen den Faschismus in der Gesellschaft und das Vorgehen mit weiteren Initiativen hätte das heutige Auftreten des neofaschistischen RFS zumindestens erschwert. Faschismus an der Uni heißt Faschismus in der Gesellschaft und umgekehrt.

Darüberhinaus sollten sollten sich die Kläger und ihre geistigen, auch

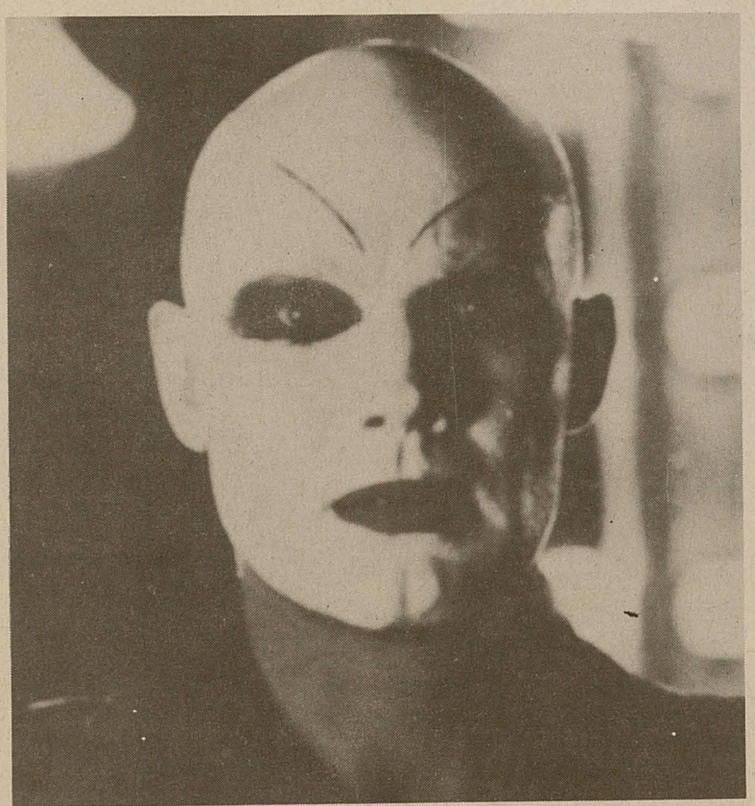
»Im Namen des Volkes...«

TITEL

P M.: „Im Namen des Volkes...“

studentischen Vertreter überlegen, inwieweit sie sich mit der Ahndung einer Antifa-Uni zu Handlangern faschistischer Kräfte machen.
Die Klagenkampagne setzte sich auch gegen den vorigen AStA-Vorsitzenden Joachim Sander fort. Nun wurde allerdings auch vor Sinnverdrehungen, aus dem Zusammenhang gerissenen Falschmeldungen und schlichten Falschaussagen nicht zurückgeschreckt. Ein exemplarisches Beispiel: In dem AStA-Info Nr. 1, herausgegeben im vergangenen Sommersemester, ist vom Antirepressionsreferat ein Artikel abgedruckt, in dem, ausgehend von einer genehmigten Diskussionveranstaltung des Antirep, der Stand des Volkszählungsboykotts an der Uni und in der Stadt dokumentiert wurde. Dies wird nun dahingehend verdreht, daß behauptet wird, das Antirep betreibe den Boykott der Volkszählung. Hier wird das Vorgehen gegen den AStA mit Falschmeldungen untermauert. Daß der AStA darüberhinaus auch verklagt wird, weil er Schriften der ihn tragenden Gruppen im Flur des AStA ausliegen hatte, die sich mit dem Boykott beschäftigen, kann eigentlich nur noch als Realsatire bezeichnet werden.
Höhepunkt dieses liberalen Schmierentheaters stellen allerdings die Klagen gegen den jetzt amtierenden AStA dar.
Im ErstsemesterInnen-Info dieses Semesters waren die Vorgänge um die Auseinandersetzungen wegen des politischen Mandats dargestellt, sowie unsere Einschätzung, daß es sich bei den Klagen um eine Zensur handele, gegen die wir uns zur Wehr setzen wollen und werden. Genau hiergegen wurde geklagt. Die Darstellung des politischen Mandats und der gerichtsverfahren soll somit wiederum politisches Mandat sein. Hiermit soll die eigene Verteidigung und die Verteidigung eigener Vorstellungen und Ansichten kriminalisiert werden. Dies stellt einen bisher nicht dagewesenen Versuch der Zensur und eine Einschränkung und Zerschlagung grundlegendster demokratischer Rechte dar.

Bleibt nur noch anzumerken, daß nun auch gegen studentische Kultur vorgegangen wird. Die Darstellung des Charakters von Kultur in Verbindung mit gesellschaftlichen Aspekten soll verboten werden, da dies vom AStA geschieht. Wenn Kultur keinen Bezug mehr zur Gesellschaft haben soll, dann wäre es für die Kläger nur konsequent, Schillers Wallenstein ebenso wie Beethovens Fidelio verbieten zu lassen.
An diesen Beispielen wird deutlich: Die Kläger saugen sich diese vollkommen unberechtigten und zusammenhangslosen Klagen aus den Fingern. Intention und Ziel der Klagenflut von Rechten liegen dabei auf der Hand: Diese sind zu einer politschen Auseinandersetzung nicht fähig, sie können einer solchen nicht standhalten, da sie keine eigenen Ideen und Inhalte haben, die sie unseren entgegensetzen könnten, um so für die Studentinnen und Studenten wählbar zu werden.
Die linken Hochschulgruppen fordern das politische Mandat. Hochschulpolitik und Allgemeinpolitik lassen sich nicht trennen, sie stehen im politischen Zusammenhang und müssen daher auch gemeinsam behandelt werden. Da die Uni keine einsame Insel in der Gesellschaft ist, hat die StudentInnenschaft eine gesellschaftspolitische Verantwortung, die von ihr dringend wahrgenommen werden muß.



Die VertreterInnen linker Hochschulgruppen machen in Wahlkämpfen sowohl ihre politischen Forderungen deutlich als sie sich auch eindeutig für das politische Mandat aussprechen. Daß die Wahlen für sie erfolgreich ausfallen und bis auf Aachen und Frankfurt bundesweit alle Asten von ihnen gestellt werden, ist ein klares Zeichen dafür, daß die überwiegende Mehrheit der StudentInnen das politische Mandat und damit die politische Auseinandersetzung der Asten befürworten. Dieser politischen Verantwortung sollten sich alle stellen.
Wir lassen uns durch Klagenkampagnen von rechts nicht mundtot machen!!!

Susanne Jochheim

PLURALISMUSSEITE

THEMA: ALLGEMEINPOLITISCHES MANDAT

LUST ★

Die Auseinandersetzung um das PM ist alt, so alt wie die StudentInnenbewegung. Von rechter Seite wird die Ablehnung des PM rein juristisch begründet, mit der Interpretation von Gesetzen wird versucht, politische Arbeit der Verfassten StudentInnenschaft, die über den Elfenbeinturm Hochschule hinausgeht, zu verhindern. Für die LUST ist dies keine Form politischer Auseinandersetzung, für sie zeigt eine solche Vorgehensweise die Unfähigkeit der Rechten, sich mit uns politisch auseinanderzusetzen. Krampfhaft wird versucht, die Aufgaben der Verfassten StudentInnenschaft auf den Hochschulbereich zu beschränken.

Da die VS eine Zwangskörperschaft ist (wobei dies juristisch sehr umstritten ist), wird argumentiert, der AStA als Exekutivorgan müsse sich im Sinne aller Studierenden äußern, er dürfe die Minderheitsmeinungen nicht ausschließen. Diese Argumentation halten wir für vollkommen daneben, weil

1) auch die sogenannte Hochschulpolitik vom AStA auf der einen und der rechten Opposition auf der anderen Seite völlig unterschiedlich beurteilt wird;

2) man/frau den Staat, in dem er/sie lebt, als Zwangskörperschaft ansehen kann. Jede/r finanziert mit Steuergeldern die Politik der Bundesregierung. Diese Regierung vertritt nun aber mal mit ihrer Politik nicht die gesamte Bevölkerung, sie spricht nur für einen Teil, fühlt sich aber durch ihre parlamentarische Mehrheit dazu legitimiert, für alle zu sprechen.

Wenn auch permanent von rechter Seite versucht wird, das PM juristisch abzulehnen, so ist dieser Stil dennoch politisch motiviert, da auf diese Art und Weise versucht wird, mißliebige Äußerungen zur sogenannten Allgemeinpolitik zu verhindern und in dieser Form die Verantwortlichen zu kriminalisieren. Geht es aber um die Legitimation der herrschenden Meinung, so waren gerade rechte Asten nie verlegen, das PM wahrzunehmen, z.B. in einer Weihnachtssammlung 1982 für Polen.

Für die LUST sind die Gremien der VS, insbesondere aber der AStA, ein Mittel, eine Möglichkeit, gegenüber dem herrschenden repressiven Klima eine Art Gegenöffentlichkeit zu schaffen, die diesem offensiv linke Positionen entgegensetzt. Gerade in den letzten Jahren ist die Bedeutung der Universitäten für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft wieder enorm gewachsen. Die Universitäten dürfen nicht als gesellschaftlich isolierte Institutionen verstanden werden, da sie in steigendem Maße in ihrer Forschungs- und Lehrtätigkeit an die Interessen von Technokratie und Industrie gebunden werden, die wissenschaftliche Intelligenz durch ordnungspolitische Maßnahmen zu Erfüllungsgehilfen von Technokratie- und Kapitalinteressen formiert wird unter Ausschluß des kritischen Potentials aus dem Wissenschaftsbereich. Es ist allerdings nicht möglich, zu dieser Entwicklung Stellung zu nehmen, ohne die gesamtpolitischen Dimension aufzuzeigen.

Die LUST steht zur Wahrnehmung des PM durch die VS. Ein Schweigen zu politischen Vorgängen außerhalb der Uni würde die Zustimmung zu diesen Vorgängen bedeuten und damit ebenfalls eine politische Aussage sein. Ein Schweigen zu den Vorgängen in Südafrika beispielsweise heißt, als AStA der Apartheidpolitik zuzustimmen.

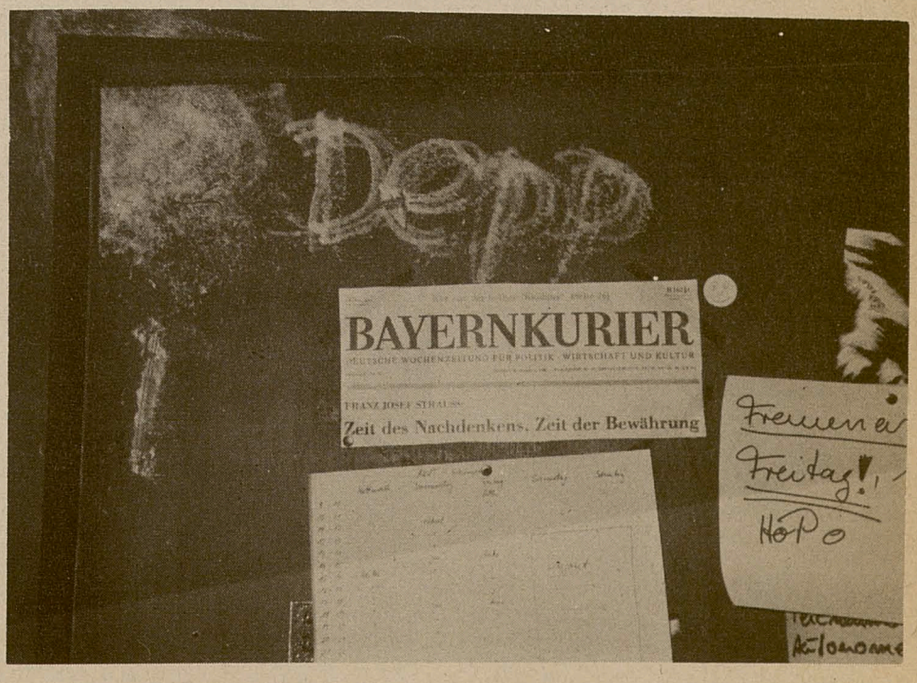
Angesichts der momentanen Klagenkampagne fordert die LUST eine politische Auseinandersetzung um das PM. Da die Klagen für AStA-Vorsitz und Finanzreferent/in haben können, sollte die Wahrnehmung des PM nicht blindlings erfolgen, sondern von Mal zu Mal überprüft werden, in jedem Falle darf de AStA sich nicht einschüchtern lassen.

GAG

Grüne Alternative Gruppe Uni

Wir treten dafür ein, daß die Organe der Verfaßten Student/inn/enschaft das Recht erhalten, sich zu allgemeinpolitischen Fragen zu äußern. Unserer Ansicht nach ist die Hochschule keine Insel, auf der wir Studierenden ein von der Welt unberührtes und unbehelligtes Eigenleben führen, sondern sie ist ein Teil der Gesellschaft und als solche mittelbar und unmittelbar von den politischen Entscheidungen betroffen.

Unmittelbar deshalb, weil politische Entscheidungen (BAFöG, HRG-Novelle, Strukturpläne) sich auf unsere Lebensbedingungen auswirken und diese



TITEL

oft zum Schlechteren hin verändern. Während es über das Recht zu hochschulpolitischen Äußerungen keinerlei Diskussionen gibt, so gibt es große Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Student/inn/enschaft über die Frage, ob sich die Organe der Verfaßten Student/inn/enschaft zur Allgemeinpolitik äußern sollen - wir finden: ja!
Wenn irgendwo Gesetze geplant werden, die eine bessere Überwachung der Bürger ermöglichen sollen (Sicherheitsgesetze), wenn in unserer Nähe umweltschädliche Großprojekte verwirklicht werden (Mühlheim-Kärlich, MVA Endenich), wenn die Bundesregierung eine Außenpolitik verfolgt, die uns weder vernünftig erscheint noch moralisch vertretbar ist, so haben wir das Recht und die Pflicht uns dazu zu äußern.
Ergo: Die Universität ist ein Teil der Gesellschaft und diese Gesellschaft verfolgt eine Art zu wirtschaften und zu leben, die grundsätzliche Nachteile und Ungerechtigkeiten mit sich bringt und deswegen systematisch kritisiert werden muß. Dieser Ansatz unterscheidet uns von anderen Gruppen, mit denen wir möglicherweise Kritik an Einzelfragen teilen, die aber das System als solches beibehalten wollen. (Hier ist die LA gemeint!!)
Ein linker AStA und eine grün-alternative Gruppe, die das politische Mandat nicht wahrnehmen, haben ihren Zweck verfehlt.
Die sich häufenden Versuche, den AStA wegen des PM's zu belangen (Nowak, von Laun), werden es nicht schaffen uns mundtot zu machen. Wir wollen nicht das Versuchskaninchen für die Promotionsarbeit des DR.-in spe-von-Laun sein.

MSB SPARTAKUS

Das Politische Mandat

Gestatten, mein Name ist H. von der Deutschen Bank. Mir gehört aber nicht nur die Deutsche Bank, sondern noch andere Branchen.
Aber im Vertrauen, ich mache mir Sorgen um unsere Republik. Nach dem Krieg haben unsere Freunde aus Amerika genau die richtige Idee gehabt, und als wir dann 1956 die Kommunisten verbieten konnten, war unsere Herrschaft gesichert.
Aber diese Studenten. Wir bekamen 68 richtig Angst, aber Gott sei Dank haben wir die SPD dazu gebracht, uns diese Leute vom Hals zu schaffen. Man stelle sich nur vor, dieses linke Pack in unserer Justiz. Es ist schon schlimm genug, daß die Grünen in unserem Bundestag sitzen.
Aber die ASten sind schon wieder alle von Kommunisten unterwandert und beeinflussen unsere Studenten. Das sind zwar nur 2 % der Bevölkerung, aber die sitzen später bei uns in Führungspositionen.
Aber noch funktioniert unsere Justiz. Die Idee mit dem Politischen Mandat muß man erst mal bekommen! Wir brauchen die ASten noch nicht mal zu verbieten, dann regen sich die Liberalen auch nicht so auf. Sollen sich die ASten doch um Kultur und Sport kümmern, da können sie nicht soviel anrichten. Oder um bessere Bibliotheken , das nützt uns ja auch. Ein bißchen kritisch können die Studenten ja ruhig sein; sie sollen ja bei uns kreative Ideen entwickeln.
Aber nur im vorgegeben Rahmen, Systemveränderer können wir nicht brauchen.

RCDS
Ring Christlich Demokratischer Studenten

Die "Verfaßte Studentenschaft" ist Sprachrohr und Selbsthilfeorgan in einem. Sie muß die Probleme der Studenten an die Öffentlichkeit tragen, die Studenten gegenüber der Universität, den Parlamenten und Regierungen vertreten und gleichzeitig selber die Hilfen anbieten, die die Studentenschaft aus eigener Kraft besser leisten kann als andere Institutionen. Aus dem rechtlichen Charakter der "Verfaßten Studentenschaft" als einer "Zwangskörperschaft" (kein Student darf aus ihr austreten (darf die Studentin? d.S.), sonst wird er exmatrikuliert!) ergibt sich die Beschränkung der "Verfaßten Studentenschaft" auf Hochschulprobleme. Sie darf sich also nur mit den Problemen befassen, die die Studentinnen und Studenten als Studierende betreffen, nicht aber Politik ohne Hochschulbezug betreiben (sogenanntes "Hochschulpolitisches Mandat" im Gegensatz zum "Allgemeinpolitischen Mandat"). So ist etwa die BAföG-Problematik Thema der Arbeit der "Verfaßten Studentenschaft", während Abrüstung oder Außenpolitik nicht in ihre Kompetenz fallen. Zu allgemeinpolitischen Fragen kann ausgewogen informiert werden, zu Stellungnahmen (im eigenen Namen) sind hochschulpolitische Gruppen berechtigt, nicht aber die Vertretung aller Studenten. Der Streit um das "Politische Mandat" der Studentenschaft ist eine alte Querele, da die linksgerichteten Hochschulgruppen der Auffassung sind, daß sich auch die "Verfaßte Studentenschaft" allgemeinpolitisch betätigen sollte. Wo linke Hochschulgruppen die "Verfaßte Studentenschaft" beherrschen, nimmt diese auch das "Allgemeinpolitische Mandat" in Anspruch. Wir vom RCDS sind dagegen der Meinung, daß gerade weil sich kein Studierender der Mitgliedschaft in der "Verfaßten Studentenschaft" entziehen kann, gewisse Grenzen für deren Aktivitäten gezogen sind - denn nach unserem Grundgesetz darf niemand in seiner allgemeinen Handlungsfreiheit über Gebühr beeinträchtigt werden. Die Zwangsmitgliedschaft in der "Verfassten Studentenschaft" ist aber eine Beschränkung der allgemeinen Handlungsfreiheit, die wiederum nur so weit gehen darf, wie es unbedingt notwendig ist. Nötig ist, daß studentische Interessenvertretung stattfindet - insofern ist die Einschränkung der allgemeinen Handlungsfreiheit gerechtfertigt. Allgemeinpolitische Interessenvertretung findet hingegen in den Parlamenten der Länder und des Bundes statt, sie muß nicht unbedingt von der "Verfaßten Studentenschaft" wahr genommen werden. Eine Zwangsmitgliedschaft in einer "Verfaßten Studentenschaft", die sich der Allgemeinpolitik widmet, ist folglich nicht zu rechtfertigen. Im übrigen sprechen auch praktisch-politische Gründe gegen eine Inanspruchnahme des "Allgemeinpolitischen Mandats": die "Verfaßte Studentenschaft" soll schlagkräftige Studentenlobby sein und ist mit dieser Aufgabe mehr als ausgelastet... Wer - wie die Linken - das "Allgemeinpolitische Mandat" propagiert, verletzt nicht nur unsere Verfassung, sondern verhindert studentische Interessenvertretung, indem er die "Verfaßte Studentenschaft" für seine persönlichen politischen Ziele instrumentalisiert (die er genausogut im eigenen Namen und dem seiner politischen Gruppe verfolgen kann): Wir vom RCDS sind für engagierte studentische Interessenvertretung. Auf sie konzentrieren wir uns bei unserer Arbeit in der "Verfaßten Studentenschaft". Natürlich tritt auch der RCDS allgemeinpolitisch in Erscheinung: aber eben als RCDS, wir beanspruchen dann nicht, im Namen aller Studenten zu sprechen.

Liberale Aktion

Selbstverständlich ist die Hochschulpolitik immer in Zusammanhang mit der allgemeinpolitischen Situation zu sehen. Es gibt fließende Übergänge in den Themenkomplexen, gegenseitige Einflüsse bis hin zu massiven Zwängen. Hochschulpolitik ist immer Bestandteil allgemeiner Politik und muß daher im gesamtgesellschaftlichen

Zusammenhang gesehen werden.
Die realistische Einschätzung der politischen Rahmenbedingungen, des eigenen Handlungsspielraums und der Möglichkeit, Forderungen auch durchzusetzen, bilden für die LA als pragmatisch orientierte Hochschulgruppe die Grundlage jeglicher politischer Arbeit. Das Studentenparlament kann die Arbeit des Bundestags nicht ersetzen. Illusionäre, unrealistische Forderungen und Tagträume, die sich nicht an der politischen Wirklichkeit, sondern an Ideologien und politischen Schwärmereien orientieren, können nicht Grundlage einer sinnvollen studentischen Interessenvertretung sein.
Für uns ist die Hochschule Ausgangspunkt unserer politischen Arbeit. Aus unserem Selbstverständnis heraus ist der Ort dafür in der Universität, das heißt, in den Gremien der studentischen Selbstverwaltung (Fachschaften, SP, AStA) und der akademischen (EF, Konvent).
Dort sehen wir, wo die Probleme in der Hochschule und für und Studierende liegen. Und dort sehen wir auch die Chancen, Verbesserungen herbeizuführen. Von hier aus muß die Auseinandersetzung mit der Bildungspolitik der Bundes- und Landesregierung erfolgen.
Es macht für uns keinen Sinn, unsere auf die Hochschulsituation bezogenen Forderungen mit anderen allgemeinpolitischen zu überfrachten, wie z.B. 35-Stunden-Woche, Nicaragua, Frau und Bundeswehr. Dadurch würden wir nur viele Studierende ausgrenzen, die mit unseren studentischen Forderungen übereinstimmen, aber unterschiedliche allgemeinpolitische Ansätze vertreten. Nur so ist eine breite Basis möglich, die gleichsam notwendig ist, unseren berechtigten Forderungen Nachdruck zu verleihen und sie zu realisieren.
Durch diese hochschulpolitische Konzeption unterscheiden wir uns von den meisten anderen Hochschulgruppen, deren erklärtes Ziel es ist, gesamtgesellschaftliche Veränderungen herbeizuführen und die sich zur Durchsetzung ihrer ideologischen Ziele der verfaßten Studentenschaft bedienen.

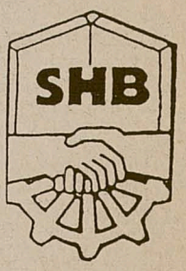
Ein klarer Satz zum Thema Klagen:
Die Liberale Aktion hat nie KommilitonInnEn unterstützt, die statt der politischen Auseinandersetzung den Klageweg wegen der Wahrnahmung des Allgemeinpolitischen Mandats gegangen sind und wird auch in Zukunft die politische Auseinandersetzung suchen!

Hochschulpolitik und Allgemein-Politik lassen sich nicht trennen!

Wer hochschulpolitische Forderungen ausspricht, ohne dies auf die gesamte politische Situation zu beziehen, ist politisch einfach nicht glaubwürdig. Wir können nicht - wie es RCDS- und LA-Manier entspricht - die Kürzungen im Landesbildungshaushalt scharf angreifen, ohne ganz deutlich darauf hinzuweisen, daß das Loch in diesem Titel durch die von CDU und F.D.P. angezettelte Steuerreform entsteht und daß diese (nicht nur aus bildungspolitischen Gründen) abzulehnen ist. Eine derartige Äußerung von Seiten eines AStA ist aber schon "allgemeinpolitisch". So banal es ist, die Situation ist leider oftmals so.
Für die Juso-HSG ist es keine Frage, daß das politische Mandat von den studentischen Gremien wahrgenommen werden muß.
Alle Hochschulgruppen stellen sich mit eindeutigen politischen Zielen zur Wahl, d.h. unsere WählerInnen wissen, wo wir politisch stehen und was wir vertreten. Grade linke Hochschulgruppen haben sich immer für das politische Mandat ausgesprochen. Die Juso-HSG ist aufgrund ihrer politischen Forderungen und ihrem Bekenntnis zum politischen Mandat gewählt worden. Die Wahrnehmung des politischen Mandats ist folgerichtig WählerInnen-Auftrag.

Die Rechtslage bezüglich des PM ist nicht so eindeutig, wie von LA und RCDS dauernd hervorgehoben. Die konservative Rechtsprechung beschreitet immer neue Wege, linken Asten den Mund zu verbieten und hat sich dabei in die tollsten Artikel und Paragraphen verstrickt. Einziges Ziel dieser Rechtsprechung ist es, kritische Stimmen, die Gesellschaft und System in Frage stellen, zu unterdrücken und zu verbieten. Ein Verbot ist sehr viel einfacher (und wirkungsvoller), als sich mit seinen politischen GegenerInnen politisch auseinanderzusetzen.
Die Juso-HSG will die politische Auseinandersetzung. Denn wir erreichen Veränderung von Universität und Gesellschaft schließen einander aber nicht aus, sondern gehen ineinander über und können nur gemeinsam erreicht werden.

Ein Satz, der das Problem noch einmal verdeutlicht:
Wenn ein AStA Massenmord und Folter anprangert, wird dies gerichtlich bestraft, weil es sich um eine allgemeinpolitische Äußerung handelt. Wenn ein AStA zu Massenmord und Folter schweigt, ist das also keine allgemeinpolitische Äußerung?



Anläßlich des Festakts zum sechzigsten Geburtstags des Bonner Physikers Prof. Penselin referierte der Philosoph Carl Friedrich von Weizsäcker zur Verantwortung des Wissenschaftlers für seine Forschungsergebnisse. Er forderte, daß wissenschaftliche Tätigkeit ihre Folgen berücksichtigen und in der Öffentlichkeit vertreten müsse. Das ist auch unsere Meinung. Der Physiker, der sich gegen SDI engagiert, kommt damit dieser gesellschaftlichen Verantwortung nach. Nichts von dem, was an der Universität geforscht, gelehrt und gelernt wird, ist von den gesellschaftlichen Prozessen abgelöst. Die Frage ist nur, ob diese Zusammenhänge bearbeitet und diskutiert werden. Das Verbot des politischen Mandats ist der Knüppel, mit dem der StudentInnenschaft gesellschaftliches Engagement ausgetrieben werden soll. Wenn den Hochschulen das Geld gestrichen wird (angeblich ist keins da), wenn die Bafög-Förderung zu einem "Torso" (Prof. Folz, Präsident des Studentenwerks) gemacht wird, darf der AStA zwar dagegen sein, "Bildung statt Rüstung" fordern darf er aber nicht, weil es "allgemeinpolitisch" ist. Dabei sind Kürzungen im Bildungsbereich zugunsten anderer Haushalte genauso politisch. Demnach ist das Verbot des politischen Mandats ein Instrument, um Forderungen nach gesellschaftlicher Veränderung abzuwürgen. Da sich aber einiges ändern muß, müssen wir uns auch politisch äußern (dürfen).

Leider haben es die "Kritischen Fachschafter nicht geschafft, bis zum Redaktionsschluß einen Beitrag zum Thema einzureichen.

TITEL - Satire -

Zwangskörperschaften

Die StudentInnenschaft ist eine Zwangskörperschaft. Deswegen darf der AStA sich auch nicht allgemeinpolitisch äußern und erhält eine gerichtliche Klage nach der anderen. Zwangskörperschaften zeichnen sich dadurch aus, daß mensch Geld an sie abführen muß, das mensch wählen muß, und zwar bestimmte Parteien, die dann ein Parlament bilden und dieses dann wieder eine Regierung, die die Gelder verwaltet. Und die darf sich nicht in ihrem Sinne politisch äußern, denn es sind ja nicht ihre Gelder. Klar. Sie ist ja auch nur von der Mehrheit gewählt worden, nicht von allen.

Die Bundesrepublik ist auch eine Zwangskörperschaft. Alle vier Jahre muß man wählen (Frauen neuerdings auch), Steuern muß man zahlen (wenn man nicht zahlt, wird man zwar nicht gleich rausgeschmissen, aber es gibt doch recht unangenehme Folgen) und die Bundesregierung vergibt unsere Steuergelder nach ihrem Gutdünken, z.B. für Startbahnen und Raketen. (Das tut der AStA ja noch nicht einmal, obwohl es vielleicht nötig wäre, wenn der rfs erst mal aufrüstet). Jedenfalls darf sich die Bundesregierung eigentlich auch nicht allgemeinpolitisch äußern. Das sollte man dem Nowak mal sagen. Vielleicht käme der dann ja auf die Idee, den Blüm mal ordentlich zu verklagen wegen seiner allgemeinpolitischen Äußerungen in Chile. Deutsche Gelder müssen für deutsche Belange verwendet werden!

Die Konsequenzen solcher Klagen wären doch wunderbar: Der Bundestag würde hauptsächlich Geschäftsordnungen erlassen und die Arbeit der Regierung kontrollieren (hätte also nicht viel zu tun, denn die Regierung würde zu einer reinen Service-Regierung). Es gäbe auch keine großen Probleme bei Abstimmungen, denn immer wenn das Abstimmungsergebnis der einen Seite nicht paßt, könnte diese ja klagen (So wie neulich das halbe StudentInnenparlament wegen seines Abstimmungsverhaltens vom RCDS verklagt wurde).

Außerdem könnte auch sehr viel Geld gespart werden. Der gesamte Etat für Außen- und Entwicklungspolitik würde eingespart und die AE-Stelle eines Außenministers wäre frei. Was mit dem ganzen Geld angefangen wird?

Man könnte damit bedürftige Asten unterstützen, die noch ihre Tausender wegen allgemeinpolitscher Aussagen abbezahlen müssen. Und von dem Rest repariert man dem Kohl seine Segelyacht.

Anna Köbberling

SG CHATEAU BONN 1983 e.V.

AU CHATEAU -
die "andere" Pinte/
Disco in der Südstadt,
Argelanderstr. 24
außer Dienstags ab
20.00 Uhr

Unser Sportangebot umfaßt:

Informationen unter Telefon 210701

Anzeige

Das Drama der Bolivianischen Bergarbeiter

Fortsetzung von AKUT-Nr. 225

Minenarbeiter und Repression

Vor dem Hintergrund der Kolonialzeit, während der Bergbau die wirtschaftliche Hauptaktivität dieser Andenregion war, kann man die bedeutende Rolle, die den Minenarbeitern in Bezug auf die Erwirtschaftung von Devisen für die bolivianische Republik zukam, beurteilen. Die menschlichen Bedingungen, unter denen die "mitayos" (Indios, die in der Zeit des Kolonialismus nach dem Rotationsprinzip in den Minen arbeiten mußten) lebten und arbeiteten, sind allgemein bekannt, ebenso die Tatsache, daß innerhalb kürzester Frist die indianische Bevölkerung auf weniger als die Hälfte zusammenschrumpfte. Die Ausrufung der Republik änderte nichts an den Arbeitsbedingungen in den Minen, und die Löhne und Gehälter der Mineros standen in keinem Verhältnis zu dem Reichtum, den sie erwirtschafteten. Zunächst das Silber, dann das Zinn, mit dem Blut der Minenarbeiter benetzt, ermöglichten die extreme Kapitalakkumulation der sogenannten "Zinnbarone" Hochschild, Aramayo und Patino (um nur die bekanntesten zu nennen), die das angehäufte Kapital in viele transnationale Unternehmen investierten.

Der Kampf der Ausgebeuteten beginnt erst nach dem ersten Viertel dieses Jahrhunderts in einen organisierten Kampf zu münden. Natürlich antwortete die jeweils regierende und/oder herrschende Oligarchie mit Gewalt und Machtdemonstrationen brutalster Art, so daß die Zahl der Minenarbeiter-Massaker in der bolivianischen Geschichte nahezu unendlich erscheint und die Zahlen ihrer Opfer sich auf Tausende belaufen.

Nach der nationalen Revolution von 1952 schloß sich ein Hauptstrang des bolivianischen Proletariats in dem Gewerkschaftsverband CSTMB (Confederacion sindical de Trabajadores Mineros de Bolivia) zusammen, die wiederum dem Gewerkschaftsdachverband COB (Central Obrerea Boliviana) angehört.

In der jetzigen Situation, angesichts der Lähmung im Bergbau nach Oktober '85, kämpften die Mineros um die Aufrechterhaltung und Verteidigung ihrer Arbeitsplätze. Über ihre gewerkschaftliche Organisation FSTMB gelangten ihre "Rettungsvorschläge" für die COMIBOL an die Regierung, in denen sie alternative Möglichkeiten der Entwicklung des Bergbaus in Bolivien aufzeigen.

Wie bereits erwähnt, waren die Mineros immer die "Erste Garde", Vorhut der Volkskämpfe, Herz und Hirn der Arbeiterklasse.

Die starke Opposition der FSTMB verhinderte die vorgesehene Aufsplitterung der COMIBOL, die im neuen Wirtschaftskonzept NPE enthalten war, wobei dieser Widerstand, der durch alle Bevölkerungsschichten ging, den Bolivianern wieder einmal die Ausrufung des Ausnahmezustandes "bescherte", wie auch die Verbannung der Mehrheit der gewerkschaftlichen und politischen Führer. Es war nicht einmal ein Monat vergangen, und die neue Regierung zeigte bereits, daß sie keine Hemmungen hat, dieselben Druckmittel wie immer zu benutzen, um ihre NPE (neue Wirtschaftspolitik) durchzusetzen.

Die Regierung verkündete, es gebe keine Entlassungen, sondern man werde die Arbeiter "umsiedeln" und "umverteilen". Nichtsdestotrotz wurde die Situation der Mineros Mitte August '86 unhaltbar, die Minen wurden nicht mehr mit wirtschaftlichen Gütern und Nahrungsmitteln versorgt, die lächerlichen Löhne nicht mehr ausgezahlt etc. Um die Regierung aufzufordern, zumindest die Grundbedürfnisse wie Brot, Kleidung, Arbeitsgeräte und Erziehung zu garantieren, begannen die Minenarbeiter von Siglo XX und Catavi den historischen "Marsch für das Leben und für den Frieden" zum Regierungssitz nach La Paz. Erneut subversive Aktivitäten vermutend, verkündete die Regierung zum zweiten Mal innerhalb von vierzehn Monaten den Ausnahmezustand und zwang somit die Marschierenden (den Minenarbeitern hatten sich Bauern, Studenten und Repräsentanten aller Volksschichten und -gruppen angeschlossen), sich zu zerstreuen und nach Hause zurückzukehren, Es blieb ihnen keine andere Möglichkeit, als ihre Niederlage einzusehen - immerhin waren sie von über 2.000 hervorragend mit Maschinengewehren und Panzern ausgerüsteten Soldaten völlig eingekreist.

Das sind also die Mittel, die die Regierung zu Hilfe nimmt, um die Mehrheit zu "überzeugen": Ausnahmezustand, militärische Besetzungen, Entlassungen sowie Gerichtsprozesse und Verurteilungen für die leitenden Funktionäre, während die Arbeiter ihre Beschwerden mit friedlichen Mitteln wie Hungerstreik, Arbeitsstopp, Demonstrationen und "Märschen" kundtun.

Einige Folgen der neuen Wirtschaftspolitik

Wenn sie auch die "Hyperinflation" hat bremsen können, so hat die NPE doch eine breite Masse von Arbeitslosen geschaffen. Institutionen wie die katholische Kirche und andere christliche Kirchen, die "Asamblea permanente de Derechos Humanos" (Die bolivianische ständige Vertretung der Menschenrechte), zivile und andere Organisationen haben auf dieses Problem aufmerksam gemacht und die Regierung gedrängt, es schnellstmöglich zu lösen.

Als Konsequenz der NPE läßt sich die katastrophale Bilanz der verlassenen Minen beobachten - deren Wiederaufnahme des Betriebs, nach Stellungnahmen Sachverständiger, extrem teuer wäre - , geschlossene Fabriken, bettelnde Kinder und Frauen in den Straßen und der starke Anstieg des informellen Sektors innerhalb der nationalen Ökonomie.

Es bleibt ohne Zweifel, daß die Regierung mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln die Auflösung der FSTMB als Ziel verfolgte und weiterhin verfolgen wird. Ihre Schwächung oder sogar völlige Auflösung entspricht dem Ziel, die gesamte Volksbewegung zu beugen und zu kontrollieren. Tatsächlich hat die COB und die gesamte Basisbewegung durch die Regierungspolitik sehr viel Kraft verloren, was ihre jetzige Destrukturierung zur Folge hat. Die dominierende Klasse, deren Ausdruck der "Pakt für die Demokratie" der größten Rechtsparteien darstellt (diese befinden sich in der Funktion der Regierung MNR-ADN), konnte einen politischen Sieg verzeichnen, und während die Volksorganisationen sich in einer zugespitzten Krise befinden, kann die obengenannte Klasse daraus Vorteil ziehen und sich in ihrer Macht bestätigen.

José Maria de Arancon

LESERiNNeNBRIEFE

Betr. Leserbrief von Stephen Stehli in AKUT 224

Lieber Stephen!
In Deinem Leserbrief beschreibst und bewertest Du eine Auseinandersetzung zwischen Mitarbeiterinnen des Frauenreferats und Mitgliedern Deiner Burschenschaft. Vorausgesetzt Deine Beschreibung ist vollständig und zutreffend, finden auch wir die Vorgehensweise dieser Frauen kritikwürdig. Auch wir sehen darin einen Mangel an Toleranz gegenüber der Burschenschaft.
mit Erataunen haben wir allerdings Deine Schlußfolgerung gelesen. Du schreïbst: "Ich halte das Frauenreferat für eine höchst überflüssige und politisch schädliche Angelegenheit." Mit welcher Begründung lehnst Du die gesamte Arbeit des Frauenreferats aufgrund eines einzelnen Zwischenfalles ab?
Diesem Gedankensprung können wir nicht folgen, zumal Du selbst den Mangel an Toleranz beklagst. Sollte nicht die Toleranz der Meinungsfreiheit, die DU für Deine Burschenschaft forderst, auch für das Frauenreferat gelten? Leider verzichtest Du darauf, die ("juristischen") Aspekte, die Deiner behauptung zugrundeliegen, zu erläutern. Wir möchten Dich herzlich bitten, das in der nächsten AKUT nachzuholen.

Mit freundlichen Grüßen
Andra + Kyra Heinel

Liebe AKUT-Redaktion!

Zweierlei hat mich veranlaßt, an Euch zu schreiben:
1. Als Teilnehmer an der Diskussionsveranstaltung des AStA mit Minister Möllemann wollte ich anmerken, daß mir der über weite Strecken erfreulich sachliche Umgangston angenehm aufgefallen ist. Unglücklich war jedoch Susannes Doppelrolle als AStA-Vorsitzende und Diskussionsleiterin, mit der sie sich selbst keinen Gefallen getan hat. Dieser Fehler mag auf mangelnde Erfahrung zurückzuführen sein. Daß aber die Mitglieder des VDS-Leitungsgremiums, die mit einer Stunde Verspätung zu der Veranstaltung erschienen, an den Fragemikrophonen bevorzugt wurden und dem AStA-Sozialreferenten entgegen der Diskussionsankündigung Gelegenheit zu einem Zusatzreferat gegeben wurde, läßt sich nicht mit mangelnder Erfahrung entschuldigen.

2. Zur Selbstdarstellung des Motorradclubs "Kuhle Wampe" (AKUT 224) muß noch nachgetragen werden, daß dieser laut Verfassungsschutzbericht (1986, S. 75) kommunistisch beeinflußt ist und die angegebene Telefonnummer nicht existiert. Schade, daß Eure Berichterstattung über "AKUTES" so unvollständig ist!

Thomas v. Lüpke

Anmerkung der Redaktion

Wir finden es überflüssig, es jedesmal hervorzuheben, wenn irgendwo auch KommunistInnen mitmachen.
Die Telefon-Nr. stimmt und ist immer noch 61 51 57

Zum Artikel "Mehr als nur zwei Tote"

Als ich diesen Artikel las, blieb mir erst einmal die Luft weg: nein, nicht aus Begeisterung. Aus Entsetzen, Wut Trauer, Abscheu...
Was bezweckt die Schreiberin mit diesen Zeilen, die an besten niemals geschrieben worden wären?
Will sie etwa um Verständnis werben für die Chaoten, die allein schon dadurch, daß sie sich bewaffnet auf eine nicht genehmigte Demo begeben hatten, ihr Demo-Recht verwirkt hatten: Friedlich und ohne Waffen! Der Gebrauch derselben macht sie zu Mördern.
Ungeheuerlich auch, Menschenleben gegeneinander aufzurechnen, bzw. den Tod von B. Ohnesorg und G. Sare mit den kaltblütigen Polizistenmorden zu vergleichen.
Natürlich ist es Wahnsinn, was inzwischen auf beiden Seiten geschehen ist, aber Artikel in diesem Stil dienen doch nur dazu - wie auch alles Geschrei nach Verschärfung der wohl ausreichend scharfen Gesetze - Öl in die Flammen zu gießen. Wann wird mensch endlich begreifen - auf beiden Seiten! - daß Gewalt nur Gegengewalt erzeugt, daß jetzt einige Leute erst recht nach einem "starken Staat" (= Polizeistaat) schreien werden (vgl. 1977 RAF), daß das Problem nicht mit schärferen Gesetzen zu lösen ist, weil es viel grundsätzlicher ist, nämlich eine Frage des politischen Klimas.
Und das kann man nur verbessern, indem jeder, der demonstrieren will, sich an die Spielregeln hält und vor allem der Staat sich bemüht, politische Fragen nicht zu Fällen für die Polizei und Justiz zu machen, nicht an den Bürgern (seinen Bürgern) vorbeientscheidet, sondern den Dialog sucht.

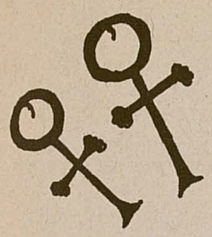
Heike Bodächtel

Liebe Heike Struck,
schon die Überschrift Deines Artikels über die Frankfurter Polizistenmorde ließ mich zusammenschrecken. Wie kann man (hier wohl frau) bei zwei ermordeten Menschen, und auch Polizisten sind in ihrem Sterben Menschen, nicht etwa, wie Du es wohl meinst, Repräsentanten eines angeblichen Unrechtsstaats, wie kann man von "nur" zwei Toten sprechen? Aber es kommt noch viel schlimmer. Kaum mehr als infantil kann wohl der Versuch genannt werden, nach dem Bumerang-Prinzip den Staat, von dem ja erst der Anstoß zu der Gewalt ausgegangen sei, für die beiden Morde verantwortlich zu machen, direkt ("gestellte Aktion") oder indirekt. Unbestritten, vom Staat geht Gewalt aus, doch kann dies bei uns nie eine Rechtfertigung sein, nach Western--Manier sich zum Herrn über Menschenleben aufzuspielen. Daß die Frankfurter Morde tatsächlich von der Regierungspolitik zur Erfüllung langgehegter Gesetzeswünsche funktionalisiert werden, ist dabei völlig zweitrangig. So gehört schon eine gehörige Portion Zynismus dazu, in der Sprache des Unmenschen von "tränenschniefenden Menschen" zu sprechen, die für

diese Wünsche ausgenützt würden. Immerhin handelte es sich bei ihnen um die Freundin des einen Ermordeten und um die Ehefrau des anderen, von Eltern, Verwandten, Freunden ganz zu schweigen. Auf der anderen Seite findest Du k e i n Wort der Distanzierung oder der Betroffenheit, um dieses Modewort zu verwenden. Wer vor Haß derart gefühlskalt geworden ist, daß zwei ermordete Männer "nur" zwei Tote sind, die man mit hämischer Freude zur Kenntnis nimmt, weil sie auf der anderen Seite standen, ist eigentlich nur noch zu bedauern. Ein Weg in eine bessere Gesellschaft, die anzustreben ich Dir gerne unterstellen würde, ein Weg dorthin, der mit zwei Toten gepflastert ist, muß eine Sackgasse sein.

Johannes Mundry

LESERiNNeNBRIEFE



Leserinnenbrief

Liebe AKUT-LayouterInnen!
Eigentlich begrüße ich die Initiative der AKUT, sich mit frauenfeindlichen Cartoons zu beschäftigen, auch wenn es sich sicher darüber streiten läßt, ob ein ganzseitiger Abdruck eines Playboy-Cartoons notwendig ist, um zu zeigen, daß Playboy frauenfeindlich ist. Völlig verstimmt hat mich allerdings die Rückseite. Mit größter Anstrengung konnte ich mir keine andere Interpretationsmöglichkeit erblödeln, als daß leichte Frauen manchmal über verblüffend viel Geschmack verfügen und auf Chauvis abfliegen, weshalb es noch immer Spaß macht, ein solcher zu sein. Dabei hab ich mich echt bemüht, Euch die allerbesten Absichten zu unterstellen. Oder sollte das etwa eine Nichtraucherreklame sein? Aber was macht dann die Frau unten in der Ecke. Ich hör schon wieder die übliche Ausrede: "Das war doch alles gar nicht so gemeint. Das ist doch Ironie!" Ironie worauf, Ironie von wem und welche Aussage soll denn (Ironie eingeschlossen) transportiert werden. Ironie ist ein politisches Kampfmittel, das Unterdrückte gegenüber Herrschenden anwenden. Wird das Stilmittel der Überspitzung bestehender Zustände von Herrschenden gegenüber Unterdrückten angewandt, ist das nicht Ironie, sondern Hohn. Selbiges geschieht bei allen frauenfeindlichen Witzen. Mit der platten Ausrede, Frauenfeindlichkeiten in einschlägigen Magazinen seien eben Frauenfeindlichkeiten und Ausrutscher bei alternativen (oder linken, wenn Ihr wollt) Medien seien Ironie, laß ich mich nicht länger abspeisen. Das ist lediglich ein Versuch, die Fronten zu verwischen. Frauenfeindlichkeit aus Dummheit und Gedankenlosigkeit ist eben genauso frauenfeindlich und zeigt exzellent den wahren Bewußtseinsstand auf. Ihr solltet ein bißchen mehr nachdenken oder einfach besser aufpassen. So ist das Engagement der AKUT in Frauenfragen jedenfalls sehr unglaubwürdig. Gerade übers Layout habe ich mich aus diesen Gründen schon sehr oft geärgert.

Mit feministischen Grüßen
Elke Gröger

Leserbrief

Die letzten fünf Seiten Eurer Ausgabe 225 waren überflüssig! Es gibt posotivere Möglichkeiten, auf höhere Seitenzahlen zu kommen.

Gruß Erasmia

Anmerkung der Redaktion zu den frauenfeindlichen Cartoons (nicht Frauen-Cartoons!!!) und der Rückseite:

Der Vorwurf, die Cartoonbeispiele mit zu wenig kritischem Text unterlegt zu haben, trifft sicherlich zu. Unzutreffend ist jedoch, "linke" Cartoons als Ironie verteidigt zu haben - im Gegenteil, gerade auf Frauenfeindlichkeiten in linken Zeitungen sollte so aufmerksam gemacht werden.
Ich hatte gehofft, mit dem Beweis: "Frauenfeindlichkeiten kommen in ganz verschiedenen - auch linken - Zeitungen vor", schon genug Sensibilität erreichen zu können. Damit habe ich mich geirrt, das gebe ich zu, und deshalb wird die Serie auch nicht fortgesetzt.
Schade ist insgesamt, daß Beispiele als Anregung zum eigenen Denken nicht ausreichen, sondern auch noch inhaltlich vorgekaut werden muß. Und ich finde, den Männern, die sich nur die Cartoons ansehen und sich daran aufgeilen, ist sowieso nicht mehr zu helfen. Aber an solche Leute ist die Zeitung auch nicht schwerpunktmäßig gerichtet.
Ähnlich verhält es sich mit der Rückseite: Die Idee stammt von insgesamt drei Frauen, die sich mit dem Feminismus ständig auseinandersetzen und bestimmt nicht konterrevolutionär sind. Ziel war es, zu bedenken zu geben, mit welchem Männerbild (das natürlich Vorbild sein soll) Werbung gemacht wird: Dem modebewußten, dynamischen, selbstsicheren Jung-Manager, dem der Chauvinismus schon fast auf dem Gesicht steht. Fiat benutzt hingegen die erotische Ausstrahlung seiner Werbefrau, um den Autos den Touch lockerer Männlichkeit zu geben. Da paßt odoch mal wieder alles prima zusammen. Diese Tatsache war hier überspitzt dargestellt.
Die Rückseite dieses Heftes ist aber hoffentlich eindeutiger.

Anna Köbberling

Gegendarstellung CARP

In einer durch Umrandung hervorgehobenen Textstelle dieses Artikels wird behauptet:
"Laut Bundesgerichtshof vom 11.3.83 ist es zulässig zu behaupten, die M-Sekte ...
* proklamiere ein faschistisches System
* betreibe Psychoterror
* treibe junge Menschen zum Selbstmord
* sei eine kriminelle Vereinigung"

Diese Aussage ist in mehreren Punkten falsch! Richtig ist vielmehr:

Der BGH hat am 1.2.83 (nicht am 11.3.83, wie AKUT zu Unrecht behauptet) folgenden Beschluß gefaßt:
"Die Revision des klagenden Vereins (d.h. der Vereinigungskirche e.V. und nicht der "Mun-Sekte", wie AKUT behauptet) gegen das Urteil des 12. Zivilsenats in Darmstadt des Oberlandesgerichtes Frankfurt am Main vom 25. März 1982 wird als unzulässig verworfen..."
Diese Ablehnung erfolgte aus formaljuristischen Gründen; zur Sache selbst wurde nicht entschieden.

Soweit diese Gegendarstellung. Laut Pressegesetz NRW sind wir verpflichtet, Gegendarstellungen ohne Rücksicht auf ihren Wahrheitsgehalt zu drucken.

AKUTES

Furchtbare Juristen

Am 24.11.87 stellte Ingo Müller sein neues Buch "Furchtbare Juristen" in einer Veranstaltung mit der Neuen JuristInnenwelle im Juridikum vor.
Die Judikative präsentiert sich -genauso wie schon seit allen Zeiten - als unabhängige 3. Staatsgewalt. Heute - wie auch früher - beansprucht sie, eine "Insel der Rechtsstaatlichkeit" zu sein, eine Größe, die lediglich nach den gegebenen Gesetzen entscheidet, ungeachtet der politischen Zusammenhänge. Daß ein solches Selbstverständnis immer nur obrigkeitsdienend sein kann, daß jedes Handeln Ausdruck einer Gesinnung ist, daß der arrogante Standpunkt der Justiz ein Deckmantel ist, legt Ingo Müller dar.

Inwiefern sich Kontinuitäten personeller und inhaltlicher Art aus der Weimarer Republik über das 3.Reich bis in die heutige Zeit entwickelt haben, soll im folgenden dargestellt werden.

Schon unter Bismarck rekrutierte sich die Justiz lediglich aus Vertretern der oberen Klassen. Das wurde ganz einfach dadurch erreicht, daß die Ausbildung der Juristen auf eine Dauer von bis zu 10 und mehr Jahren ausgedehnt wurde, somit nur wohlhabenden Kreisen zugänglich war. Zudem wurde die weisungsgebundene Staatsanwaltschaft mit einem Anklagemonopol ausgestattet.
Mit der Ausrufung der Weimarer Republik änderte sich nicht viel, die Richter blieben aufgrund ihrer Unabsetzbarkeit wg. angeblicher Unabhängigkeit. Zwar wurde der Verlust einer "jeden Majestät" beklagt, der monarchisch hierachische Geist lebte weiter. Sollte bisher noch der Eindruck geherrscht haben, die Justiz diene lediglich der herrschenden Macht, so belehren Ereignisse in der Weimarer Zeit eines besseren.

Die Bevorzugung nazistischer und rechtsradikaler Gruppen wurde immer unübersehbarer. Die Begründungen dafür waren teilweise formeller Art, teilweise aber auch offener: Hitler wurde nach seinem Putschversuch zugute gehalten "nach bestem Wissen und Gewissen" für sein Vaterland gehandelt zu haben. Ganz klar wurde die Gesinnung der Justiz spätestens, nachdem ihr Pläne für einen neuerlichen nationalsozialistischen Umsturzversuch in die Hände fielen, aus denen ganz klar der gewalttätige und antidemokratische Charakter der NS offensichtlich wurde. Die Anklage wegen dieser sog. Boxheimer Dokumente wurde lapidar wegen angeblich mangelnder Beweise niedergeschlagen.

Ab 1933 schließlich bekannte sich die deutsche Richterschaft offen zur nationalsozialistischen Ideologie. Eine Erklärung des Präsidiums des Richterbundes endete mit dem Satz: "Die Richter bringen der neuen Regierung volles Vertrauen entgegen", die neue Devise hieß :"Deutsches Recht in deutschen Landen". Gedankengut wie: "Ein Artfremder mag sich noch so kritisch gebärden und noch so scharfsinnig bemühen, mag Bücher lesen und Bücher schreiben, er denkt und versteht anders, weil er anders ist, und bleibt in jedem entscheidenen Gedanken in den existentiellen Bedingungen seiner Art", wurden offen gehandelt, danach wurde in entmündigender Weise verfahren, die Judenvernichttung begann.
Die breite Masse der Juden und anderer Verfolgter war mit dieser Methode jedoch nicht beizukommen. Sie agierte nicht, sondern lebte ein stilles Bürgerleben. Um sie verurteilen und wegbekommen zu können wurden verdrehteste Rechtskonstruktionen ersonnen. Die eine Schiene war der Erlaß und die Durchführung verschiedenster "Rassehygienegesetze": Nürnberger Gesetze, Euthanasiegesetze. Auf diesem Wege wurden Juden und andere wegen jedwedem Kontakt zu Ariern zu horrenden Strafen verurteilt oder schlicht entrechtet oder getötet. War irgendwelchen unliebsamen Menschen selbst auf diesem Wege nicht beizukommen, wurden die gängigen Gesetze entsprechend ausgelegt, und es kam doch zu der gewünschten Verurteilung. Argumentiert wurde zwar nebulös, jedoch achtete man peinlich genau auf einen Bezug zum Gesetzestext. Die Intention war sinnig, das Sich-Berufen-Können auf ein Gesetz gilt noch immer als Persilschein für jegliches Handeln. Es zeigt sich, daß die Juristen ein tragender Arm und zugleich Legitimation für alle Greueltaten im 3.Reich darstellten.

Mit dem Kriegsende wurde diesem Handeln durch die Aliierten zunächst Einhalt geboten. Sämtliche Gerichte wurden erst einmal geschlossen. Jedoch ließen sich die Juristen dadurch nich weiter irritieren, viele Dienststellen wurden weiterhin besetzt, man arbeitete an laufenden Verfahren weiter. Schon im Juni 1945 wurde in deutschen Landes- und Amtsgerichten wieder verhandelt. Zwar wurden Versuche gestartet, Gerichte personell anders zu besetzen, das erwies sich jedoch als ausgesprochen schwierig. Zunächst wurden Richter, die schon vor 1933 in Pension gegangen waren, reaktiviert, auch ehemals Verfolgte und aus ihren Ämtern Entlassene - wie Sozialdemokraten - wurden eingestellt. Die sahen sich aber einer riesigen Mehrheit von Nazis gegenüber. Da die Richter zudem aus den "verlorenen" Gebieten zusammenströmten (denn sie wissen, wohin sie gehen!), hockten plötzlich mehr Parteigenossen Hitlers in den Ämtern als je zuvor.
Ein Urteil vom Bundesverfassungsgericht, daß sämtliche Beamtenverhältnisse am 8.Mai 1945 erloschen seien, wurde vom hauptsächlich mit Alt-Nazis besetzten Bundesgerichtshof schlicht ignoriert. D.h. sämtliche ehemals in Großdeutschland beamtete drängten sich nun in BRD-Amtsstuben! Die Außenseiter, wie Leute von KPD oder auch SPD, die nach Kriegsende eingestellt worden waren, sahen sich abermals auf die Straße gesetzt.

Wir sprechen Recht f
Menschen

Lediglich die paar Beamte, die aus den Entnazifizierungsverfahren nicht mit einem "Mitläufer" oder "unbelastet" hervorgegangen waren, wurden nicht übernommen, bekamem dafür aber eine dicke Staatspension. Diese Praxis der personellen Kontinuität wurde in den Gerichten und Justizämtern genauso gepflegt wie an den Universitäten.
All diese Leute waren es dann, die über die Nazi-Verbrechen richteten. Wiederum wurde mit seltsamsten Gestzeskonstrukten operiert, das Ergebnis kennen wir: bis auf einige Alibiverurteilungen wurden die Täter freigesprochen.
Genau diese Leute waren es auch, die über die Rehabilitation der Opfer und Wiedergutmachung der Nazi-Untaten zu bestimmen hatten. Zunächst einmal weigerten sich die meisten Gerichte die in der Nazi-Zeit gefällten Urteile zu revidieren. Mit Sprüchen wie: "Die Anwendung des Blutschutzgesetzes ist damals ohne Zweifel mit Recht erfolgt" wurden in der NS-Zeit gefällte Urteile bestätigt. So wurde z.B. Maurice Bavaud 1955 zum zweiten Mal wegen eines mißglückten Attentates auf Hitler vor Gericht gestellt und wegen Mordversuches zu 5 Jahren Knast verurteilt.

Die Opfer wurden um ihr Recht gebracht, Entschädigungsansprüche entfielen. In den völlig offensichtlichen Fällen wurde bis zum heutigen Tage um Entschädigungsansprüche gehandelt, inzwischen sind wohl viele der potentiellen EmpfängerInnen nicht mehr am Leben. Erst jetzt -am 3.Dez. 1987- wurde im Bundestag eine endgültige Regelung für NS-Opfer beschlossen. Die Summen sind lächerlich gering, die Empfänger hatten kein Mitspracherecht bei der Verteilung der Gelder. Den größten Teil davon werden die Juden bekommen. Heute noch unliebsame Gruppen wie Sinti und Roma, Homosexuelle, Kriegsdienstverweigerer und Kommunisten wurden außen vor gelassen, die Alibifunktion der Entschädigung wird unübersehbar. An dieser Stelle sei nochmals erwähnt, daß die ehemals in Amt und Würden tätigen Nazis eine dicke Staatspension bekamen, oft sogar in den Fällen, in denen sie verurteilt worden waren.

Wie sieht es mit der inhaltlichen juristischen Vergangenheitsbewältigung aus? Juristen definieren sich heute wie damals über ihre Gesetzestreue, können sich somit von jeglicher Schuld freisprechen. Die Auffassung, in den Gerichten werde juristisch und nicht politisch entschieden, ist auch heute noch Konsens, was allerdings viele Richter nicht davon abhält, ihre Urteile politisch zu begründen. Das macht die Judikative vollends zum tragenden Arm und Legitimation der Herrschenden.
Erst 1976 wurde das Nazi-Gesetz zur Rassenschande aufgehoben, 1986 erstmals dessen Unvereinbarkeit mit der Verfassung ausgedrückt. Die vielen anderen Gesetze gelten weiter, ausgelegt wird - wie eh und je - nach Meinung der Herrschenden. Wieder wird die Gesinnung und nicht die Tat bestraft, die inhaltliche Ausfüllung von Gesinnung bleibt frei.
Die Justiz kann und will sich nicht dazu durchringen, eigene freiheitliche und menschenwürdige Maximen zu entwickeln, durch die ihre Stellung als dritte Staatsgewalt einen Sinn hätte. Die Zeugnisse für die beschriebenen Taten lassen sich in jeder juristischen Bibliothek finden. Diese Information möge all jenen dienen, die an den demokratisch-rechtsprechenden Charakter der Justiz glauben.

Heike Struck

Anzeige

Bonner Studenten Fahrschule

Münsterstraße 17 · 53 Bonn 1 · Telefon 63 41 88

Anmeldung und Auskunft:
Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag } von 16.30 bis 18.30 Uhr
Unterricht:
Dienstag und Donnerstag von 18.30 bis 20.00 Uhr

Lyrik

(Prolog)
Wie ihre glatten Züge vorzeitig schon
zu Fratzen werden: das sehn sie nicht
und wenn sie sagen "Da" und "Guten Tag",
ist alles längst verrutscht, vorbei.

Das braucht nicht mal ein Lächeln:
nur ihr Gekicher in den Hirnen ahnen,
nur ahnen und nichts hörn:
wie möchte man und kann nicht ... schrein:

EIN WAHNSINN
(Exposition)
Ein Wahnsinn, der sich in die Mistel stimmt,
zu sagen trauriger und ferner Vogel Aufgang
zu Klängen, die im Schweben stumme Töne leiden:
Wer traf dich an?
Schon bist du fremd und stellst dich
auswärts so wie ein hingerieftes Taumeln, das erfriert
und weiß: Es bleibt. Und wer ist krank?

Sie aber gaben nicht auf,
besuchten die Schatten und fanden Namen
den Dingen, nach denen es
keine mehr gibt: So strahlen sie still,
bis sie sterben.

(Peripetie)
Bevor nicht du, selbst ohne Glauben, den Angang
des Furchtbaren erwidertest womit?
Nur Niemand und etwas und grinsende Masken
und spukt sich empor? Das blinkt,
weil es rottet und tönt auch,
lumpt hin auf die freche, die schrille, die
gleiche, die ewig verdammte Klaviatur.

Die sollst du nicht lästern. Denn
weißt du, was Nichts uns bevorsteht, bereitet, so
Nichts wie ein hilfloses Tier, ein
Zappeln, und atmet und blickt?
Und blickt - so fürchterlich fellig

erhaben und rein. Wer sagt denn, es wartet nicht,
wartet wie Messer
und Blut, und wartet in uns,
die wir glaubten - Erlöser?

(Katastrophe)
Daß Schreie vielleicht, vereinzelt,
dann glückten, vernehmlich und Wahnsinn gelänge,
gespeist von verkichertem fransigen Fleisch.

Personalia

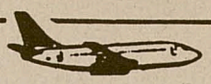
Martin ("Knoo-P") Knoop, Juso im ersten Lehrjahr, gebührt der Respekt der Bewegung. Ganz allein manatschte er jene legendäre Fete am 28.11., die wir - ähnlich wie Methusalix sein Alesia - schleunigst vergessen wollen.

Martha ("...") Laitenberger, Göttergattin von RCDS-Hannes, wird die nächste SP-Wahl leiten. Viel Spaß dabei!

Frank Thomas ("F.T.") Hellwig, Hochschulreferent und kampfgeschorener Combattant des singenden Hochschul Bundes (shb), tritt neben dem Marsch durch die Institutionen auch den nach Hollywood an. Jüngst konnten wir ihn schon im Zynischen Deutschen Fernsehen (ZDF) als Statist während einer Demo-Reportage bewundern.

Frohes Weihnachtsessen !!!

Anzeige



● New York	ab DM	775,-●	Toronto	ab DM	795,-
● Male	ab DM	1295,-●	Goa	ab DM	1595,-
● Karachi	ab DM	1295,-●	Bombay/Delhi	ab DM	1395,-
● Colombo	ab DM	1195,-●	Manila	ab DM	1755,-
● Jakarta	ab DM	1755,-●	Hong Kong	ab DM	1695,-
● Lima	ab DM	1895,-●	Rio	ab DM	1855,-
● Sao Paulo	ab DM	1995,-●	Santiago	ab DM	2295,-
● Sydney	ab DM	2295,-●	Tokio	ab DM	2195,-
● Johannesburg	ab DM	1695,-●	Osaka	ab DM	2195,-

Reisebüro Silvester
Bornheimer Straße 102 · 5300 Bonn 1
Tel. (02 28) 63 11 01
Der Indienspezialist

Buchladen 46 im Fadenkreuz der Justiz

Am 02.12.1987 wurde der Bonner Buchhändler Harald Krämer wegen "Werbung für eine terroristische Vereinigung" nach §129a (alte Fassung) zu acht Monaten Gefängnis auf drei Jahre Bewährung und zu 800,-- DM Geldstrafe vom Oberlandesgericnt Düsseldorf verurteilt. Hintergrund dieses Urteils waren die am 23.07. bis 01.08. bundesweit durchgeführten Razzien gegen angebliche VerteilerInnen und VerkäuferInnen der für illegal erklärten Zeitschrift "radikal", Nr. 132, welche als terrorbefürwortende Zeitschrift eingestuft wurde. In diesem Zusammenhang führte ein Zivilpolizist angeblich ein Gespräch mit Harald im Buchladen 46.

Interessant ist, daß in allen anderen Verfahren wegen der "radikal", Nr. 132, letztendlich Freisprüche ergingen. Dieses Urteil bedeutet politisch, daß Buchläden im Prinzip alle Bücher und Zeitschriften, die sie bekommen, auf strafbare Passagen untersuchen müssen. Das ist ein kaum mehr leistbares Unterfangen und bedeutet eine permanente Bedrohung dieser Leute mit Strafverfahren. Der Buchladen 46 muß sich darauf einrichten, daß Harald bei weiteren Verurteilungen in den Knast wandert. Dieses Urteil könnte bedeuten, daß es künftig zahlreiche Verurteilungen nach der seit 01.01.87 geltenden Fassung des §129a geben wird, während es unter der alten Fassung in zehn Jahren nur sieben Verurteilungen, aber viele Ermittlungsverfahren gegeben hatte. Es sollen anscheinend viele Menschen, die in kritischen und radikalen Zusammenhängen arbeiten und entsprechende Meinungen veröffentlichen, zu TerroristInnen gestempelt werden. Linke Buchläden sollen in ihrem politischen Anspruch geknebelt und so gezwungen werden, nur systemkonforme Literatur zu vertreiben. (Siehe die momentane Kampagne gegen die feministische Zeitschrift "Emma" wegen "Pornographie", obwohl "Emma" mit drastischen Fotos versucht, ihre Kampagne gegen (Gewalt)Pornographie zu untermalen.)

Berthold Mader

Seit 1872 in Bonn
Ihre Fachbuch-Buchhandlung
Behrendt
neben der Universität · 658021
Verkauf auf 4 Ebenen ● Fahrstuhl durch 5 Etagen
tägl. 8.30—18.30 Uhr, langer Sa. 8—18 Uhr
Filialen: Mensa Nassestr. / MED BOOK Mensa Venusberg

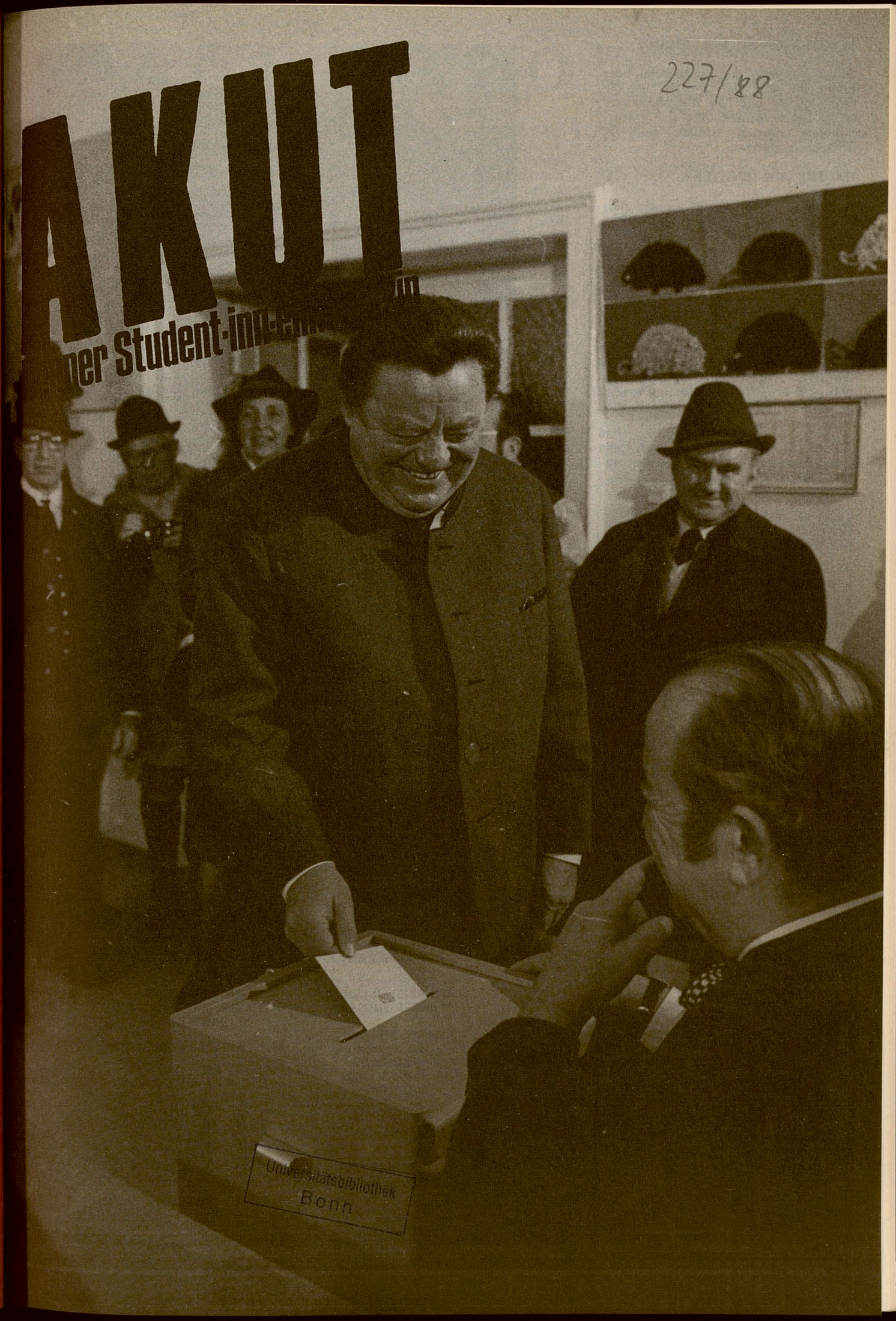
TERMINE

24.12. J.C. wird eintausendneunhundertsiebenundachtzig Jahre alt - heppi böhrsdeh!!!
31.12. Sylvester. Benannt nach Papst Sylvester II., der zur Jahreswende 1099/1100 oder so zum HErrn gerufen wurde.
04.01. Studieren, Kinders!!!
16.01. Das kultische Uni-Winterfest
19.-22.01. SP-WAHLEN

227/88

AKUT

ner Student-in...



Universitätsbibliothek
Bonn